



Rechenschafts- bericht

Obergericht des Kantons
Appenzell Ausserrhoden über
die Zivil-, Straf- und
Verwaltungsrechtspflege

2018

Das Obergericht des Kantons Appenzell Ausserrhoden an den Kantonsrat

Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Aufsichtsinstanz über das Gerichtswesen in Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtssachen erstatten wir Ihnen Bericht über die Rechtspflege im Jahr 2018.

Inhalt

1. Übersicht	4
2. Schlichtungsbehörden	6
2.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht	6
2.2. Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben	8
2.3. Vermittlerämter	8
3. Gerichte	10
3.1. Allgemeines	10
3.2. Kantonsgericht	11
3.2.1. Organisation, Allgemeines	11
3.2.2. Statistik	11
3.2.2.1. Zivilprozesse der Gerichtsabteilungen	11
3.2.2.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter	12
3.2.2.3. Jugendstrafverfahren	13
3.2.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit	13
3.3. Obergericht	14
3.3.1. Organisation, Allgemeines	14
3.3.2. Zivil- und Strafrechtspflege	15
3.3.2.1. Zivilprozesse	15
3.3.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutz	16
3.3.2.3. Strafprozesse	17
3.3.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit Zivil- und Strafrecht	18
3.3.3. Anwaltswesen (Praktikantenbewilligungen, Anwaltsregister, Anwaltsprüfungen)	19
3.3.4. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs	20
3.3.5. Verwaltungsrechtspflege	23
3.3.5.1. Eingänge bei den Abteilungen	23
3.3.5.2. Eingänge bei den Einzelrichtern	23
3.3.5.3. Auffällige Entwicklungen	24
3.3.5.4. Geschäftsverteilung	25
3.3.5.5. Anzahl erledigter Prozesse	26
3.3.5.6. Rechtsmittel gegen Urteile des Obergerichts	27
4. Statistik 2018	28
4.1. Schlichtungsbehörden	28

4.1.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht	28
4.1.2. Vermittlerämter	30
4.1.2.1. Kreis 1	30
4.1.2.2. Kreis 2	32
4.1.2.3. Kreis 3	34
4.1.2.4. Neueingänge im Gesamtüberblick	36
4.2. Gerichte	36
4.2.1. Kantonsgericht	36
4.2.1.1. Zivilprozesse mit Eingang bei den Gerichtsabteilungen	36
4.2.1.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter	39
4.2.1.3. Strafprozesse des Jugendgerichts	42
4.2.1.4. Einzelrichter Zivilprozesse	44
4.2.2. Obergericht	46
4.2.2.1. Zivilprozesse	46
4.2.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	48
4.2.2.3. Strafprozesse	49
4.2.2.4. Einzelrichter Zivil- und Strafrecht	53
4.2.2.4.1. Zivilprozesse	53
4.2.2.4.2. Strafprozesse	55
4.2.2.4.3. Neueingänge bei den Einzelrichtern im Gesamtüberblick	57
4.2.2.5. Anwaltsaufsichtskommission	57
4.2.2.6. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs	59
4.2.2.7. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Zivil- und Strafrecht	60
4.2.2.8. Konkursverfahren im Jahr 2018	61
4.2.2.9. Betreibungsverfahren im Jahr 2018	62
4.2.2.10. Abteilungen Verwaltungsrecht	63
4.2.2.11. Einzelrichter Verwaltungsrecht	65
4.2.2.12. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Verwaltungsrecht	68
5. Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten	69

1. Übersicht

Bei der **Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht** ist die Anzahl Neueingänge im Berichtsjahr mit 108 Fällen (Vorjahr: 104) wiederum praktisch unverändert geblieben. Die Schlichtungsstelle erledigte 112 Fälle. Die Erfolgsquote bei den Einigungen lag bei beachtlichen 71 %.

Bei der **Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben** waren auch 2018 keine Neueingänge zu verzeichnen. In einem Fall wurde um telefonische Auskunft ersucht.

Bei beiden Schlichtungsbehörden ergaben sich verschiedene personelle Veränderungen. Anfangs 2018 war der Hinschied des langjährigen Präsidenten Thomas Bühler zu beklagen. An seiner Sitzung vom 7. Mai 2018 wählte der Kantonsrat die bisherige Stellvertreterin Pascale Sigg-Bischoff zur Nachfolgerin sowie 3 neue Mitglieder.

Mit 226 (Vorjahr: 240) neuen Begehren bewegten sich die Neueingänge bei den **Vermittlerämtern** im Berichtsjahr im normalen Schwankungsbereich der letzten Jahre. In den drei Vermittleramtskreisen wurden 229 (241) Fälle erledigt. Die Erfolgsquote betrug 2018 erfreulich hohe 70 %.

Mit 149 neu eingegangenen Verfahren bei den Zivilabteilungen des **Kantonsgerichts** wurde das Niveau der letzten beiden Jahre (145 bzw. 144) leicht übertroffen. Bei den Strafprozessen war mit insgesamt 91 (66) Neueingängen hingegen ein markanter Anstieg zu verzeichnen; davon entfielen 5 (7) auf die Abteilungen und 86 (59) auf die Einzelrichterin bzw. die Einzelrichter. Wiederum gingen lediglich 2 neue Jugendstrafverfahren ein. Bei den einzelrichterlichen Zivilfällen war mit 1'078 Neuzugängen gegenüber dem Vorjahr (1'181) ein Rückgang zu registrieren; sie liegen aber immer noch im Schwankungsbereich der letzten 7 Jahre. Im Berichtsjahr konnten 176 (142) Abteilungsfälle im Zivilrecht und deren 8 (6) im Strafrecht abgeschlossen werden. Die Einzelrichterin und Einzelrichter haben 1'152 (1'152) zivil- und 88 (57) strafrechtliche Verfahren erledigt. Von den beiden neu eingegangenen Jugendstrafverfahren wurde eines erledigt; das andere blieb pendent.

Wiederum waren beim **Obergericht** bei den Zivilprozessen 12 neue Verfahren anhängig gemacht worden; bei den Strafprozessen ergab

sich mit 32 Neueingängen ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr (38). 10 (7) Neueingänge waren es im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes. Im Verwaltungsrecht war die Anzahl an Neuzugängen mit 123 (125) bei den Abteilungen praktisch gleich geblieben. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts gingen in den Sachgebieten Zivil- und Strafrecht insgesamt 63 (46) neue Verfahren ein; im verwaltungsrechtlichen Bereich waren es deren 96 (69).

Erledigt wurden im Berichtsjahr 12 (12) Abteilungsfälle im Zivil- und 34 (34) im Strafrecht sowie 13 (12) Kindes- und Erwachsenenschutzfälle. Verwaltungsrechtliche Abteilungsfälle wurden 138 (97) abgeschlossen. Zudem erledigten die Einzelrichter 52 (28) zivil- und 16 (18) strafrechtliche Verfahren sowie 95 (71) Verfahren aus dem Verwaltungsrecht.

Die Neueingänge bei der **Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs** gingen mit 11 neuen Fällen gegenüber dem Vorjahr (17) zurück. Erledigt werden konnten im Berichtsjahr 12 (17) Verfahren. Zudem gingen beim Präsidenten der Aufsichtsbehörde 7 (1) Gesuche ein, welche die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, die Gewährung der unentgeltlichen Rechtsverteidigung oder die Gewährung der aufschiebenden Wirkung zum Gegenstand hatten. Sämtliche Gesuche wurden innert zwei Monaten erledigt.

Bei den **Betreibungsämtern** wurde mit 14'005 (13'323) Zahlungsbefehlen ein erneuter Höchststand erreicht. Bei den **Konkursamtszweigestellen** waren im Berichtsjahr 94 (Vorjahr 105) neue Konkurse eingegangen; was im Durchschnitt der letzten Jahre liegt.

Im Bereich **Anwaltswesen** waren bei der **Anwaltsaufsichtskommission** 8 (10) Verfahren eingegangen. Deren 6 konnten im Berichtsjahr erledigt werden.

Im Übrigen nahm auch in diesem Berichtsjahr die Geschäftstätigkeit ihren gewohnten Gang.

2. Schlichtungsbehörden

2.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Im Jahre 2018 waren 108 Neueingänge (Vorjahr 104) zu verzeichnen und 14 Fälle aus dem Jahr 2017 zu übernehmen. Somit waren im Jahre 2018 insgesamt 122 Fälle zu behandeln. Davon waren Ende 2018 noch 10 Fälle pendent, wovon 5 Fälle erst im Dezember eingegangen waren. Es sind mithin 112 Verfahren in 27 Sitzungen der Schlichtungsbehörde erledigt worden, wobei sich die Verhandlungen auf halbe Tage beschränkten. Im Juli, November und Dezember wurde ausserdem an Zusatzterminen verhandelt. Die Verfahren konnten alle bis auf 8 Fälle innerhalb von 3 Monaten erledigt werden. Die längeren Verfahrensdauern in den 8 Fällen sind auf Terminverschiebungen zurückzuführen.

Thematisch lagen die Schwerpunkte bei den Forderungen aus dem Mietverhältnis (31 Fälle; Vorjahr 30) und Kündigungsanfechtungen (35 Fälle; Vorjahr 22). Des Weiteren betrafen die erledigten Fälle Gesuche um Erstreckung des Mietverhältnisses (7 Fälle; Vorjahr 1). Die Gesuche um Mietzinsherabsetzungen (7 Fälle; Vorjahr 25) nahmen wieder deutlich ab, was infolge des unveränderten Referenzzinssatzes zu erwarten war. Im Vergleich zum Vorjahr gab es fast gleich viele Fälle bei den Anfechtungen von Nebenkostenabrechnungen (4 Fälle; Vorjahr 3). Bei den Anfechtungen der Mietzinserhöhungen gab es einen leichten Anstieg (4 Fälle; Vorjahr 2). Die Verfahren wegen Mängeln (12 Fälle; Vorjahr 9) sind leicht angestiegen. Von den zwölf Verfahren wurden in vier Verfahren Mietzinse bei der Schlichtungsstelle hinterlegt. Neu ausgewiesen werden in diesem Berichtsjahr folgende Gebiete in der Statistik: Formulargenehmigungen und unentgeltliche Rechtspflege.

Eine Einigung zwischen den Parteien (Vergleich, Klageanerkennung oder Klagerückzug, Gegenstandslosigkeit) ist in 79 Fällen (Vorjahr 59) erzielt worden. Dies entspricht einem Anteil von 70,5 %. Bei 24 Verfahren (Vorjahr 36) ist es zu keiner Einigung gekommen, was zur Erteilung einer Klagebewilligung geführt hat. Davon sind 14 an den Einzelrichter des Kantonsgerichts weitergezogen worden, was als eine beachtliche Entlastung des Kantonsgerichts zu werten ist. Betrachtet man die Zahlen der vergangenen Jahre (2017: 60.2 %, 2016: 64.5 %, 2015: 63.9 %) lag die Zahl der Einigungen zwischen 60 % und fast 65 %. Die Erfolgsquote lag in diesem Jahr bei über 70 %. Im gesamtschweizerischen

Vergleich (1. Halbjahr 2018: 50 %; 2. Halbjahr 2017: 48.9 %, 1. Halbjahr 2017: 49.5 % – gemäss Medienmitteilung des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO) liegt die Einigungsquote für den Kanton Appenzell Ausserrhoden erfreulicherweise weit höher.

Im Berichtsjahr fand wiederum keine konstituierende Sitzung statt. Stattdessen traf sich die Schlichtungsbehörde zu einer internen Informationssitzung. Die Mitglieder nahmen an insgesamt sechs Weiterbildungstagen teil.

Die Schlichtungsstelle ist seit der Reorganisation im Jahre 2016 mit insgesamt 80 % besetzt. Öffnungszeiten sowie weitere Informationen sind auf der Homepage abrufbar. Die telefonische Rechtsberatung wird an drei Vormittagen geleistet. Das Sekretariat der Schlichtungsstelle erteilte 220 (Vorjahr 343) telefonische Auskünfte. Ebenfalls wurden 19 (Vorjahr 14) schriftliche Auskünfte erteilt. Persönliche Beratungen fanden 7 (Vorjahr 20) statt.

Bei den Schlichtungsbehörden waren zahlreiche personelle Veränderungen zu verzeichnen. Thomas Bühler verstarb anfangs Jahr nach 8-jährigem Wirken als Präsident beider Schlichtungsstellen. Als Nachfolge hat der Kantonsrat in der Sitzung vom 7. Mai 2018 Pascale Sigg-Bischof gewählt. Sie war davor bereits Präsident-Stellvertreterin beider Schlichtungsstellen. An der Kantonsratssitzung vom 24. September 2018 wurde Ilir Selmanaj als Präsidentin-Stellvertreter beider Schlichtungsstellen gewählt. Ilir Selmanaj war bereits Mietervertreter bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht. An der Kantonsratssitzung vom 7. Mai 2018 wurden Ruedi Aerni und Claudia Bachmann-Eugster als Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht gewählt. Martin Walt gab seinen Rücktritt nach 6-jährigem Wirken als Vermietervertreter der Schlichtungsbehörde für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht per 31. Mai 2018 bekannt. Ihm wird für seinen langjährigen Dienst ein herzlicher Dank ausgesprochen. Als seine Nachfolgerin wurde Manuela Mutti als Mitglied beider Schlichtungsbehörden an der Kantonsratssitzung vom 7. Mai 2018 gewählt. Die neuen Mitglieder der Schlichtungsbehörden werden herzlich willkommen geheissen und ihnen wird zur Wahl gratuliert.

Infolge Mutterschaft von Rahel Manser wurde das Sekretariat der Schlichtungsstellen für das 1. Halbjahr befristet mit Rebecca Benz be-

setzt, so dass ein nahtloser Übergang gewährleistet war. Rahel Manser kehrte nach ihrem Mutterschaftsurlaub wieder im angestammten Pensum zurück.

Trotz der zahlreichen Wechsel funktionierte der Betrieb ohne nennenswerte Verzögerungen. Vor diesem Hintergrund ist dies eine beachtliche Leistung. Den neuen Mitgliedern und Mitarbeitern, welche den nicht unerheblichen Arbeitsaufwand getragen haben, sei an dieser Stelle für ihren grossen Einsatz herzlich gedankt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass, seit der Reorganisation der Schlichtungsbehörden im Jahr 2016, das Arbeitsvolumen, trotz Abbau der Telefonberatungen, jedoch bei gleichbleibenden Falleingängen, insgesamt nicht abgenommen hat.

2.2. Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Die Schlichtungsstelle hatte im Jahr 2018 keinen Fall zu beurteilen, wurde jedoch in einem Fall telefonisch um Auskunft ersucht, stellte dabei aber fest, dass das beschriebene arbeitsrechtliche Problem nicht in den Zuständigkeitsbereich der Schlichtungsstelle fiel.

Die Schlichtungsbehörde bei Diskriminierung im Erwerbsleben traf sich in diesem Jahr weder zu einem Anlass noch zu internen Sitzungen.

Bezüglich Mitgliederwahlen wird auf die Informationen im Bericht der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht verwiesen.

2.3. Vermittlerämter

Mit 226 Neueingängen war 2018 gegenüber dem Vorjahr (240) ein erneuter Rückgang zu verzeichnen. Die Anzahl Neueingänge liegt zwar im normalen Schwankungsbereich der letzten Jahre, seit Inkrafttreten der Schweizerischen Zivilprozessordnung im Jahr 2011 gab es jedoch nur 2015 einen ähnlich tiefen Wert. Im Kreis 1 (Hinterland) ist die Anzahl der Neueingänge gleich geblieben, während dem diese im Kreis 2 (Mittelland) von 60 im Vorjahr auf 52 und im Kreis 3 (Vorderland) von 75 im Vorjahr auf 69 gesunken sind.

Die Gesamtzahl der Vermittlungsbegehren hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
220	263	278	278	303	221	252	240	226

Von den im Berichtsjahr erledigten 229 (241) Verfahren war in allen Vermittleramtskreisen wiederum ein Grossteil den Rechtsgebieten Arbeitsvertrags- sowie Auftragsrecht zuzuordnen; der Rest teilte sich auf verschiedene andere Rechtsgebiete auf. Bemerkenswert ist, dass beim verfahrensstärksten Kreis 1 die Gesamtzahl von 104 (108) erledigten Fällen nicht nennenswert vom Vorjahr abweicht, jedoch die arbeitsrechtlichen Verfahren um rund 50 % zu- und die übrigen Verträge nach OR um 56 % abgenommen haben. Aber auch bei den Vermittleramtskreisen 2 und 3 sind innerhalb der bearbeiteten Rechtsgebiete zum Teil grössere Schwankungen zu beobachten, welche nicht allein mit der Abnahme der Neueingänge erklärt werden kann. 6 (Vorjahr 5) Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege sind gestellt worden (für Details vgl. Statistik Ziffer 4.1.2).

In den drei Vermittleramtskreisen wurden insgesamt 66 (83) Klagebewilligungen bei Nichteinigung und 1 (1) nach Ablehnung des Urteilsvorschlages erteilt. Im Weiteren wurden den Parteien 16 (7) Urteilsvorschläge unterbreitet, wovon deren 15 (6) angenommen wurden. Ferner wurden 12 (20) Entscheide verfasst, wovon 11 (20) in Rechtskraft erwachsen. Zuzugewandte Vergleichs-, Klageanerkennung-, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug oder aus anderen Gründen konnten 134 (130) Fälle abgeschrieben werden. Die sehr gute Erfolgsquote vom Vorjahr (65 %) konnte im Berichtsjahr sogar noch um 5 % auf 70 % gesteigert werden. Am Ende des Berichtsjahrs waren 37 (40) Verfahren pendent (vgl. Statistik Ziffer 4.1.2).

In personeller Hinsicht ist hervorzuheben, dass mittlerweile eine Vermittlerin und ein Vermittler über die Ausbildung zum CAS Friedensrichter/Vermittler verfügen und ein Vermittler ausgebildeter Mediator SDM-FSM ist. Damit verfügen alle drei Vermittler über sehr gute fachspezifische Kenntnisse und über das nötige Rüstzeug für ihre anspruchsvolle Aufgabe. Sodann wurden auch im Berichtsjahr Weiterbildungen besucht.

3. Gerichte

3.1. Allgemeines

Bezüglich der Entwicklung der Geschäftslast wird auf die vorhergehende Übersicht und die nachfolgend kommentierten Zahlen verwiesen.

Im Rahmen der vom Kantonsgericht gemeinsam mit den appenzell-innerrhodischen Gerichten vor einigen Jahren ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe fand im November in Trogen eine von Dr. iur. Pius Gebert vom Kantonsgericht Appenzell Ausserrhoden organisierte Weiterbildung zum Thema Prozessuale Grundrechte im gerichtlichen Verfahren statt. Gastreferent war Prof. Dr. Bernhard Rütsche von der Universität Luzern. Im Anschluss an das Referat fanden verschiedene themenbezogene Workshops statt. Diese Veranstaltungen werden von den Richterinnen und Richtern sowie den Angestellten der Gerichte beider Instanzen sehr geschätzt und sind jeweils gut besucht.

Wiederum wurden zahlreiche Dossiers elektronisch erfasst und es überbrügten sich dadurch zeitintensive Aktenzirkulationen bei den Richtern und Richterinnen. Beispielsweise in Fällen, in welchen nach der Erstberatung ein Beweisverfahren und anschliessend eine Schlussberatung durchgeführt wurde, konnte auf nochmalige Aktenzirkulation verzichtet werden.

Im Berichtsjahr gingen beim Kantonsgericht 5 und beim Obergericht 2 elektronische Eingaben ein.

Wie im letztjährigen Rechenschaftsbericht ausgeführt, ist die Arbeit am Projekt eDossier Gerichte des Bundesgerichts mit kantonalen Obergerichten, welche die flächendeckende Einführung des elektronischen Gerichts dossiers zum Ziel hat, am Laufen. Das Bundesgericht hat in diesem Rahmen mit kantonalen Obergerichten einen öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet und eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den mittlerweile neun Unterzeichner-Kantonen gebildet. Zudem findet eine Zusammenarbeit und Koordination mit dem Informatikprojekt HIS der Straf- und Justizvollzugsbehörden im Projekt Justitia 4.0 statt. Die Konzeptphase von Justitia 4.0 dauert bis 2020, die Realisierung findet im Jahr 2021 statt, anschliessend ist eine Einführungsphase von 2022 bis 2026 vorgesehen.

Aus der Rückforderung von Geldern von Personen, welchen die unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverbeiständung oder die amtliche Verteidigung gewährt wurde, konnten im Berichtsjahr Einnahmen für beide Gerichtsstufen von insgesamt 127'779 Franken (Vorjahr 91'194 Franken) verbucht werden. Davon entfielen 12'101 Franken auf das Obergericht, 114'140 Franken auf das Kantonsgericht sowie 1'538 Franken auf die Vermittlerämter.

3.2. Kantonsgericht

3.2.1. Organisation, Allgemeines

Das personelle Amtsjahr 2018 verlief weitestgehend unspektakulär. Auf Richterstufe war im Gegensatz zum Vorjahr lediglich ein Wechsel zu verzeichnen. Aufgrund eines ausserkantonalen Wohnsitzwechsels erklärte Ursula Hanselmann, welche seit 2012 dem Kantonsgericht angehörte, per Ende des Amtsjahres 2017/2018 ihren Rücktritt aus dem Kantonsgericht. An ihre Stelle wählte der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 7. Mai 2018 Barbara Büchler, RA MLaw, Speicher, als neue nebenamtliche Kantonsrichterin. Der scheidenden Richterin Ursula Hanselmann sei an dieser Stelle für ihren engagierten Einsatz zum Wohle der Justiz von Appenzell Ausserrhoden herzlich gedankt. Im Übrigen blieb die personelle Zusammensetzung des Kantonsgerichts und der Gerichtskanzlei unverändert. Auch im vergangenen Jahr konnten wieder drei juristische Ausbildungsplätze für angehende Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte angeboten werden.

Das Jahr 2018 war organisatorisch somit der Konsolidierung gewidmet, nachdem im Vorjahr Wechsel auf diversen Positionen zu verzeichnen gewesen waren. Wie nicht nur, aber auch das nachfolgende statistische Zahlenmaterial verdeutlicht, funktioniert das Kantonsgericht in seiner neuen Zusammensetzung sowohl im Richterergremium als auch im Bereich der Kanzlei bestens.

3.2.2. Statistik

3.2.2.1. Zivilprozesse der Gerichtsabteilungen

Aus dem Vorjahr waren 114 Zivilverfahren zu übernehmen, was nahezu den zu übernehmenden Pendenzen im Jahr 2017 (112) entspricht. Mit 149 neu eingegangenen Verfahren (Vorjahr: 144) bewegte sich die Ge-

schäftslast mit 263 Verfahren leicht über dem Vorjahresniveau (256). Im Berichtsjahr konnten 176 Verfahren zum Abschluss gebracht werden, was im Vergleich zum Vorjahr (142) einer Steigerung von nahezu 25 % entspricht. Am Jahresende waren somit nur noch 87 Fälle auf das Folgejahr zu übertragen, was im Vergleich zum Vorjahr (114) einer Reduktion um ebenfalls nahezu 25 % entspricht. Wie schon seit geraumer Zeit, bildeten mit 135 von 176 Fällen wiederum die Ehescheidungen das Schwergewicht der erledigten Verfahren.

Innert einer Verfahrensdauer von drei Monaten konnten mit 34 % der Fälle etwas weniger Verfahren als im Vorjahr (knapp 40 %) erledigt werden. Nach sechs Monaten waren mit 56 % nahezu gleich viele Fälle abgeschlossen wie im Jahr 2017 (knapp 60 %). Auch innert eines Jahres konnten mit 78 % praktisch gleich viele Fälle wie im Vorjahr zum Abschluss gebracht werden, ebenso nach eineinhalb Jahren, wo in beiden Jahren jeweils rund 85 % der Verfahren abgeschlossen wurden. Nach zwei Jahren Verfahrensdauer waren 90 % der Abteilungszivilfälle erledigt (Vorjahr: 92 %).

3.2.2.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter

Anfangs des Geschäftsjahres waren insgesamt 15 Verfahren (Vorjahr 12) aus dem Vorjahr zu übernehmen, davon 4 Fälle (3) bei den Abteilungen und 11 (9) bei den Einzelrichtern. Mit total 91 Verfahren (66) kam eine um beachtliche 38 % gestiegene Zahl an Neuzugängen dazu. Darunter fielen 5 Abteilungsstraffälle (7) und 86 Einzelrichterstraffälle (59). Damit bewegte sich die Geschäftslast im Jahr 2018 mit 106 Fällen um rund 36 % höher als im Vorjahr (78). Davon konnten insgesamt 96 Fälle erledigt werden, was im Vergleich zum Vorjahr (63) einer Zunahme von rund 52 % bei den Erledigungen entspricht. Darunter fielen 8 Fälle bei den Gerichtsabteilungen (6) und 88 bei den Einzelrichtern (57). Zum Jahresende mussten somit lediglich noch 10 Verfahren auf das Folgejahr übertragen werden, während dies im Vorjahr noch 15 Fälle gewesen waren.

Mit 25 % konnten bei den Gerichtsabteilungen weniger Fälle als im Vorjahr (50 %) innert drei Monaten erledigt werden. Nach sechs Monaten Verfahrensdauer waren 50% (83 %) und nach einem Jahr rund 88 % aller Abteilungsfälle abgeschlossen. Wiederum nur ein Verfahren nahm eine Verfahrensdauer von maximal eineinhalb Jahren in Anspruch (1).

Die Einzelrichter erledigten innert drei Monaten nahezu 81 % aller Verfahren (Vorjahr rund 81 %). In sechs Monaten waren rund 96 % der Fälle (93 %) abgeschlossen, und nach einem Jahr 98 % (100 %). Schliesslich waren nach maximal eineinhalb Jahren 99 % der Verfahren (100 %) abgeschlossen. Nur ein Verfahren bedurfte einer Verfahrensdauer von über zwei Jahren.

Die teils etwas längeren Verfahrensdauern im Jahr 2018 relativieren sich vor dem Hintergrund, dass in diesem Jahr fast 40 % mehr an Neueingängen zu verzeichnen waren, aber im Berichtsjahr ebenso über 50 % mehr Fälle erledigt werden konnten.

3.2.2.3. Jugendstrafverfahren

Anfangs des Jahres 2018 waren keine pendenten Fälle zu übernehmen (Vorjahr ebenfalls 0). Im Berichtsjahr gingen 2 neue Fälle ein (2), wovon 1 Fall (2) erledigt werden konnte und einer auf das Folgejahr zu übernehmen war (0).

Das im Jahr 2018 erledigte Verfahren konnte in einem Zeitraum von sechs Monaten zum Abschluss gebracht werden.

3.2.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit

Zu Beginn des Berichtsjahres waren bei den Einzelrichterzivilfällen 254 Verfahren aus dem Vorjahr zu übernehmen (Vorjahr: 225). Bei den Neuzugängen waren gesamthaft 1'078 (1'181) Fälle zu verzeichnen, so dass daraus eine Geschäftslast von 1'332 Verfahren (1'406) resultierte. Dieses Ergebnis bewegt sich im Schwankungsbereich der Vorjahre. Mit 1'152 Fällen konnten im Jahr 2018 exakt gleich viele Fälle wie im Jahr 2017 erledigt werden. Entsprechend waren zum Jahresende mit 180 Fällen weniger als im Vorjahr (254) auf das nächste Jahr zu übertragen. Deutliche Zunahmen waren 2018 im Bereich der Eheschutzverfahren sowie der Unterhaltsklagen zu verzeichnen. Ebenso verfestigt sich eine zumindest leicht steigende Tendenz bei den Verfügungen im Konkursverfahren. Eine leichte Abnahme konnte dagegen im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege verzeichnet werden, wobei hier unklar ist, ob es sich dabei um eine zufällige Schwankung handelt.

Auch im Jahr 2018 konnten mit 80 % aller Einzelrichterzivilverfahren wieder nahezu gleich viele Fälle innert maximal drei Monaten abge-

geschlossen werden (Vorjahr: 83%). Innert längstens sechs Monaten konnten gut 90 % der Fälle erledigt werden (92%). Nach einem Jahr Verfahrensdauer waren rund 98 % (98 %) und nach eineinhalb Jahren rund 99 % der Fälle zum Abschluss gebracht worden.

3.3. Obergericht

3.3.1. Organisation, Allgemeines

In organisatorischer Hinsicht ergaben sich im Berichtsjahr beim Obergericht keine Änderungen.

Per Ende Mai 2018 sind Dr. med. und MLaw Simon Graf nach 12-jähriger sowie lic. oec. Beat Dick nach 7-jähriger richterlicher Tätigkeit aus dem Obergericht zurückgetreten. Während Simon Graf mit seinem Fachwissen in der 3. Abteilung in medizinischen Fragen im Sozialversicherungsrecht viel zur Rechtsfindung beitrug, war dies bei Beat Dick als Steuerexperte in der 2. Abteilung, vornehmlich im Bereich des Steuerrechts der Fall. Ihnen wird ein herzlicher Dank für ihren grossen und wertvollen Einsatz im Dienste der ausserrhodischen Rechtspflege ausgesprochen.

An der Urnenabstimmung vom 4. März 2018 wurden lic. iur. Stephan Ramseyer und MLaw Daniela Sieber neu ins Obergericht gewählt. Während Stephan Ramseyer der 3. Abteilung zugeteilt wurde, nahm Daniela Sieber in der 2. Abteilung Einsitz.

Im Januar 2018 hat M.A. HSG Nicolas Lavelanet sein einjähriges Gerichtspraktikum auf der Obergerichtskanzlei beendet. Per Mai 2018 konnte die Praktikumsstelle mit MLaw Stefan von Aarburg neu besetzt werden. Ansonsten ergaben sich auf der Obergerichtskanzlei keine personellen Änderungen.

Im Berichtsjahr wurde beschlossen, die Online-Publikation der Entscheide des Obergerichts sowie der Ausserrhodischen Gerichts- und Verwaltungspraxis (AR GVP) künftig mittels eines Programms der Firma Weblaw AG vorzunehmen. Um die Entscheide der gesamten Ausserrhoder Justiz öffentlich zu machen, können zudem auch rechtskräftige Entscheide des Kantonsgerichts ins Netz gestellt werden. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Gespräche mit dem Software-Anbieter und mit der Kantonskanzlei, welche bisher für die Publikation der AR GVP

verantwortlich zeichnete, geführt. Die neue Plattform, welche bereits in verschiedenen Kantonen zum Einsatz gelangt und über eine Suchfunktion verfügt, soll 2019 aufgeschaltet werden. In diesem Zusammenhang haben das Obergericht und die Kantonskanzlei im September 2018 gemeinsam beschlossen, die kostenintensive Publikation der AR GVP als Sammelband in Papierform ab dem Jahrgang 29/2017 einzustellen und diese nur noch im Internet zu veröffentlichen. Die Ausgaben 1988 bis 2016 werden in die neue Plattform integriert.

Das Gericht hat die anfallenden Geschäfte an insgesamt drei Ganz- und 37 Halbtages-Sitzungen behandelt.

	ganze Tage	halbe Tage
1. Abteilung	1 (1)	6 (10)
2. Abteilung	1 (0)	10 (7)
3. Abteilung	0 (0)	10 (8)
4. Abteilung	1 (0)	11 (11)
Total	3 (1)	37 (36)

3.3.2. Zivil- und Strafrechtspflege

3.3.2.1. Zivilprozesse

Zu den aus dem Vorjahr pendent gebliebenen 10 (10) Verfahren kamen im Berichtsjahr bei den Abteilungen wiederum 12 (12) Neueingänge, wovon eine Rückweisung eines Berufungsverfahrens vom Bundesgericht sowie 6 direkt geleitete Verfahren (Markenrecht etc.). Auf eine Berufung wurde aus formellen Gründen nicht eingetreten; dies weil der erforderliche Kostenvorschuss nicht geleistet wurde. 2 direkt geleitete Verfahren, welche Forderungen aus Markenrecht betrafen, wurden wegen Rückzugs der Klagen und 1 Berufung zufolge Vergleichs abgeschlossen. In den letztlich 8 materiell beurteilten Verfahren erfolgte in 1 Berufungsverfahren eine Abweisung; ebenfalls abgewiesen wurden 1 Ausstandsbegehren einer Partei gegen einen Gerichtspräsidenten sowie 1 Aufsichtsbeschwerde gegen die Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht. Schliesslich führten 2 Berufungen in familienrechtlichen Angelegenheiten zu einer teilweisen Änderung des erstinstanzlichen Entscheids. In einem vom Bundesgericht zurückgewiesenen Verfahren, in welchem einzig noch die Kosten zu verlegen

waren, erfolgte, in Nachachtung des bundesgerichtlichen Entscheids eine teilweise Gutheissung der seinerzeit in der Berufung beantragten Kostenverlegung. In einem direkt geleiteten Fall, in dem es um eine Forderung aus Vertrag, Wettbewerbs- und Markenrecht ging, wurde die Klage gutgeheissen. Ebenfalls gutgeheissen wurden schliesslich die Berufungsanträge in einem familienrechtlichen Verfahren. Wiederum blieben 10 (10) Verfahren pendent. 58 % der Fälle wurden innert 6 Monaten erledigt. Auffällig ist, dass der Aktenumfang – vornehmlich der von der Vorinstanz übernommenen Verfahren – im Verlauf der letzten Jahre und teils auch die Komplexität der Verfahren zugenommen hat.

Im Berichtsjahr wurde in einem familienrechtlichen Verfahren gegen den obergerichtlichen Entscheid zivilrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht erhoben; dieses Verfahren ist noch pendent. Von den per Ende 2017 beim Bundesgericht pendent gebliebenen Beschwerden erging in einem Fall ein Nichteintretensentscheid; eine weitere Beschwerde hat das Bundesgericht gutgeheissen und die Sache zur Neuurteilung an das Obergericht zurückgewiesen. Schliesslich blieben eine Beschwerde aus dem Vorjahr zufolge Sistierung sowie eine Beschwerde aus dem Berichtsjahr beim Bundesgericht pendent.

3.3.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutz

Mit 10 (7) Neueingängen ist bei den Beschwerden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes ein leichte Zunahme zu verzeichnen. Zieht man in Betracht, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde im Berichtsjahr 643 Entscheide gefällt hat, ist die Anzahl Beschwerden marginal; sie beträgt gerade mal 1,5 %. Aus dem Vorjahr waren 5 (10) Verfahren zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurden 13 Verfahren erledigt, davon 7 zufolge Rückzug oder Gegenstandslosigkeit. In 3 Fällen erging ein Nichteintretensentscheid. 2 Beschwerden gegen die Errichtung einer Beistandschaft wurden abgewiesen. Gutgeheissen wurde 1 Beschwerde wegen Rechtsverzögerung, nachdem das Bundesgericht diesen Fall zur Neuurteilung an das Obergericht zurückgewiesen hatte. Am Ende des Berichtsjahrs blieben 2 Verfahren pendent.

Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts wurden 2018 keine Beschwerden gegen Entscheide des Obergerichts an das Bundesgericht weitergezogen. In dem vom Bundesgericht im Vorjahr zur

Neubeurteilung zurückgewiesenen Fall betreffend die Zustimmung zu einem Liegenschaftsverkauf fällte das Obergericht einen Nichteintretensentscheid. Die per Ende 2017 beim Bundesgericht pendent gebliebene Beschwerde in einem Verfahren wegen Rechtsverzögerung, wurde gutgeheissen und die Sache zur Neubeurteilung an das Obergericht zurückgewiesen.

3.3.2.3. Strafprozesse

Die Gesamtzahl der Neueingänge ist mit 32 gegenüber den letzten beiden Vorjahren (38 bzw. 39) gesunken. Ein Rückgang ist vorab bei den Berufungen 10 (14) zu verzeichnen, während die Anzahl Beschwerden gegen vorinstanzliche Entscheide oder Prozesshandlungen mit 21 (21) konstant geblieben ist. Zudem stellte eine von der Staatsanwaltschaft wegen SVG-Delikten verurteilte Person ein Gesuch um Zulassung der Revision. Aus dem Vorjahr waren 27 pendent gebliebene Verfahren zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurden 34 (34) der insgesamt 59 (61) Verfahren beurteilt oder prozessual erledigt. Unter anderem hatte sich das Obergericht im Berichtsjahr mit einem Tötungsdelikt, einem Fall von Kindsmisshandlung sowie einem grösseren Sexualdelikt zu befassen. 91 % der abgeschlossenen Strafverfahren wurden innert Jahresfrist erledigt.

Berufungsverfahren:

Von den durch die Staatsanwaltschaft erklärten Berufungen gegen erstinstanzliche Entscheide hiess das Obergericht 1 gut. Von den durch Beschuldigte eingelegten und durch das Obergericht überprüften Berufungen wurden 2 vollumfänglich und 1 teilweise gutgeheissen. In 4 Fällen wurde auf die Berufung nicht eingetreten; dabei handelte es sich ausschliesslich um Fälle, in denen eine Partei die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil zwar angemeldet, jedoch nach Erhalt der Begründung des angefochtenen Urteils keine Berufungserklärung beim Obergericht eingereicht hatte. In diesen Fällen hat ein Nichteintretensentscheid zu ergehen.

Beschwerdeverfahren:

Ganz oder teilweise gutgeheissen und die Sache zur Neubeurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen hat das Obergericht 3 Beschwerden von Beschuldigten sowie 4 von Privatklägern. 2 Beschwerden von Beschuldigten sowie deren 4 von Privatklägern wurden abgewiesen.

Ebenfalls abgewiesen wurde das von einem Verurteilten gestellte Gesuch um Zulassung der Revision. Auf 2 Beschwerden von Beschuldigten sowie deren 7 von Privatklägern konnte nicht eingetreten werden, weil die prozessualen Voraussetzungen (z.B. Nichtleisten der erforderlichen Sicherheit, fehlende Legitimation etc.) nicht erfüllt waren.

Am Jahresende waren bei den Strafprozessen 6 (5) Berufungsverfahren und 19 (22) Beschwerdeverfahren pendent geblieben; die hohe Zahl der pendenten Beschwerdeverfahren ist zu einem grossen Teil auf 12 seit längerer Zeit sistierte Verfahren, welche die gleiche Person betreffen, zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurde in 3 Berufungs-, 3 Beschwerde- sowie 1 Revisionsverfahren gegen die obergerichtlichen Abteilungs-Entscheide Beschwerde in Strafsachen beim Bundesgericht eingereicht. Dieses ist auf 2 Beschwerden nicht eingetreten; 5 Beschwerden waren Ende 2018 beim Bundesgericht noch pendent.

Nähere Angaben zu Erledigungsart, Anklagegegenstand und Verfahrensdauer sind im statistischen Anhang in Ziffer 4.2.2.3 ersichtlich.

3.3.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit Zivil- und Strafrecht

Im Bereich des Zivilrechts waren 36 (20) Neueingänge von der Vorinstanz und 10 (11) neue Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege in einem Hauptverfahren sowie 1 Gesuch um Zulassung zur Anwaltsprüfung zu verzeichnen. Nach dem Einbruch bei den Neueingängen um 50 % im Vorjahr, bedeutet dies eine Zunahme von 55 %. Zu den insgesamt 48 Neueingängen kamen 11 Pendenzen aus dem Vorjahr. Beurteilt bzw. durch Abschreibungsbeschlüsse oder Prozessentscheide erledigt wurden insgesamt 52 (28) Verfahren. Von 12 geprüften Gesuchen um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege wurden 7 gutgeheissen und 5 abgewiesen. 69 % der Fälle wurden innert drei und 88 % innert sechs Monaten erledigt. Nähere Angaben zur Erledigung der weiteren Fälle finden sich in der Statistik Tabelle 4.2.2.4.1 im Anhang.

Zu den 2 Pendenzen aus dem Vorjahr kamen im Strafrecht 8 Neueingänge von der Vorinstanz sowie 7 direkt geleitete Fälle, vorab Gesuche um Gewährung der amtlichen Verteidigung bzw. Gewährung der un-

entgeltlichen Rechtspflege in einem Berufungs- oder Beschwerdeverfahren. Beurteilt bzw. durch Abschreibungsbeschlüsse oder Prozessentscheide erledigt wurden 16 (18) Verfahren, darunter die 7 Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege bzw. der amtlichen Verteidigung. Dabei wurden 2 Gesuche um amtliche Verteidigung sowie 2 Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege gutgeheissen und 2 abgewiesen; ein Gesuch wurde zufolge Rückzugs abgeschrieben. 94 % der Geschäfte wurden innert 3 Monaten und die restlichen innert einem halben Jahr erledigt. Ein strafrechtliches Verfahren blieb pendent.

Im Berichtsjahr wurde gegen 5 (4) einzelrichterliche Entscheide zivilrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht erhoben; dieses trat auf 2 Beschwerden nicht ein und wies eine ab. 2 Verfahren blieben pendent. 2 (5) strafrechtliche Entscheide, namentlich Nichtgewährungen der unentgeltlichen Rechtspflege, wurden mittels Beschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Das Bundesgericht trat auf beide Beschwerden nicht ein.

Im Einzelnen gibt der statistische Anhang einen Überblick über die zweitinstanzliche Einzelrichtertätigkeit (vgl. Statistik Tabelle 4.2.2.4 ff.).

3.3.3. Anwaltswesen (Praktikantenbewilligungen, Anwaltsregister, Anwaltsprüfungen)

a) Obergericht

Gesuche um Zulassung zur ausserrhodischen Anwaltsprüfung	1	(2)
Anwaltsbewilligungen gestützt auf die kantonale Fähigkeitsprüfung:	2	(0)

b) Anwaltsaufsichtskommission

Praktikantenbewilligungen	0	(1)
Registrierungsgesuche in das kant. Anwaltsregister bzw. in die EU-Anwaltsliste	3	(0)
Löschungen aus dem kant. Anwaltsregister	0	(5)
Registrierungsgesuche als öffentliche Urkundsperson	3	(1)
Übriges (Disziplinarverfahren, Honorarprüfungen etc.)	2	(3)

Zu den 2 pendenten Verfahren vom Vorjahr waren im Berichtsjahr 8 (10) Neueingänge gekommen. In den im Berichtsjahr von der Aufsichtskommission behandelten 6 Geschäften wurden sämtliche Beschlüsse auf dem Zirkularweg gefasst. Das per Ende 2017 pendent gebliebene Gesuch um Befreiung vom Berufsgeheimnis eines Anwalts wurde gutgeheissen. In dem ebenfalls aus dem Vorjahr übernommenen Verfahren wegen Verletzung von Berufsregeln kam die Aufsichtskommission zum Schluss, dass keine Gründe für eine Disziplinierung der angezeigten Anwältin sprechen. Weiter wurden die von zwei Anwälten eingereichten Gesuche um Eintrag ins Anwaltsregister und gleichzeitiger Registrierung als öffentliche Urkundsperson gutgeheissen.

Am Ende des Berichtsjahres blieben vier Geschäfte pendent. Dabei handelt es sich um einen Antrag auf Disziplinierung eines Anwalts, ein Gesuch um Honorarprüfung sowie je ein Gesuch einer Anwältin um Eintrag ins Anwaltsregister bzw. die Registrierung als öffentliche Urkundsperson.

c) Anwaltsprüfungskommission

schriftliche Anwaltsprüfungen	4	(4)
mündliche Anwaltsprüfungen	0	(2)
erfolgreich absolvierte Anwaltsprüfungen	0	(2)
Gesuche um Anerkennung ausserkantonaler praktischer Tätigkeiten	1	(0)

3.3.4. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs sind im Berichtsjahr verschiedene personelle und organisatorische Veränderungen zu verzeichnen:

Mit Blick auf die bevorstehende Pensionierung Ende Jahr stellte Fredy Schläpfer, der langjährige Leiter des Betreibungsamtes Appenzeller Mittelland sowie der Konkursamtszweigstelle Teufen, seine Funktion als Betreibungsbeamter per Ende Juli 2018 zur Verfügung. Als Nachfolger wurde per 1. August 2018 Tobias Graf, bisher Stellvertreter, gewählt, welcher mit dem definitiven Ausscheiden von Fredy Schläpfer aus dem Staatsdienst, d.h. ab 1. Januar 2019, auch die Amtsleitung des Betreibungsamtes Appenzeller Mittelland übernimmt.

Der Regierungsrat nahm die Pensionierung von Fredy Schläpfer zum Anlass, das Konkurswesen im Kanton neu zu organisieren und beschloss am 8. Mai 2018, die Zweigstellen Heiden und Teufen des Konkursamtes Appenzell Ausserrhoden per 1. Januar 2019 zu einem Konkursamt Appenzell Ausserrhoden in Heiden zusammenzuführen.

Die beiden Amtsübergaben fanden in Anwesenheit einer Delegation der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs, bestehend aus dem Präsidenten und der Gerichtsschreiberin, statt. Fredy Schläpfer, welcher seit 1981 Leiter des Betreibungsamtes Appenzeller Mittelland und seit 1985 Konkursbeamter war, wird an dieser Stelle ein grosses und herzliches Dankschön für sein langjähriges, tatkräftiges Wirken im Bereich SchKG ausgesprochen.

Im Berichtsjahr waren 14'005 Zahlungsbefehle eingegangen, was gegenüber den Vorjahren einen erneuten Anstieg bedeutet. Der Prozentsatz der vorgenommenen Pfändungen, bezogen auf die Anzahl Zahlungsbefehle, hat mit 68 % über die letzten 10 Jahre gesehen, ebenfalls einen Höchststand erreicht.

	Zahlungsbefehle	vollz. Pfändungen	in %
2009	12'181	6'428	53
2010	12'419	6'923	56
2011	12'599	6'316	50
2012	12'954	6'400	49
2013	12'643	7'151	57
2014	12'974	6'988	54
2015	12'672	6'583	52
2016	13'171	8'435	64
2017	13'323	8'637	65
2018	14'005	9'488	68

Mit 94 neuen Konkursen hielten sich die Neueingänge im Mittel der letzten Jahre. Der Anteil an eröffneten Konkursverfahren nach Art. 731b OR, der die Auflösung von Kapitalgesellschaften bei Mängeln in der Organisation regelt, erfuhr eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 32 % auf 36 %. Der Anteil an ausgeschlagenen Erbschaften blieb mit

46 % gegenüber dem Vorjahr (43 %) nahezu unverändert.
(Näheres dazu vgl. Statistik Ziffern 4.2.2.8 und 4.2.2.9).

Über den Zeitraum der letzten 4 Jahre ergibt sich das folgende Bild:

	2015	2016	2017	2018
Mängel in der Organisation der Gesellschaft, Art. 731b OR	23	40	34	34
ausgeschlagene Erbschaften	33	27	45	43
andere, Art. 159 ff. und Art. 190 ff. SchKG	33	52	26	17
Total Neueingänge Konkursverfahren	89	119	105	94

Die Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs führte die üblichen, durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inspektionen aller Betreibungs- und Konkursämter durch. Dabei konnte bei sämtlichen Ämtern durchwegs eine gute Amtsführung festgestellt werden.

Die Aufsichtsbehörde übernahm 4 (4) aus dem Vorjahr pendent gebliebene Verfahren. Mit 11 Neueingängen war gegenüber dem Vorjahr (17) ein Rückgang zu verzeichnen. Dabei handelte es sich um 10 Beschwerden betreffend Rechts- und Ermessensfragen bei der Anwendung des SchKG sowie um eine Aufsichts- bzw. Rechtsverzögerungsbeschwerde. Die Aufsichtsbehörde behandelte 4 Geschäfte an 3 Sitzungen; in 3 Fällen erging ein Zirkularentscheid. Dabei wurden 5 Beschwerden abgewiesen und eine teilweise gutgeheissen. Der Aufsichts- bzw. Rechtsverzögerungsbeschwerde wurde keine Folge gegeben. 5 Beschwerdeverfahren konnten zufolge Rückzug, Nichteintreten oder Gegenstandslosigkeit abgeschlossen werden. Am Ende des Berichtsjahres blieben 3 (4) Verfahren pendent.

Im Berichtsjahr gingen beim Präsidenten der Aufsichtsbehörde 4 Gesuche um Erteilung der aufschiebenden Wirkung, eines um Erlass vorsorglicher Massnahmen sowie deren 2 um Gewährung der unentgeltlichen Rechtsverbeiständung im Beschwerdeverfahren ein. Ein Gesuch um aufschiebende Wirkung wurde gutgeheissen und das aus dem Vorjahr pendent gebliebene abgewiesen; ebenfalls abgewiesen wurden die beiden Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtsverbeiständung sowie jenes um Erlass vorsorglicher Massnahmen. 3 Gesuche um aufschiebende Wirkung konnten zufolge Gegenstandslosigkeit abgeschlossen werden. Die Erledigungen erfolgten jeweils innert ein bis zwei Monaten.

2018 ist das siebte Jahr in Folge, dass kein Entscheid der Aufsichtsbehörde mehr an das Bundesgericht weitergezogen wurde.

3.3.5. Verwaltungsrechtspflege

3.3.5.1. Eingänge bei den Abteilungen

Im Jahre 2018 sind 123 (Vorjahr 125) Fälle in den verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts eingegangen, was einer leichten Abnahme von rund 1.6 % entspricht. Damit wurde das Rekordniveau von 2013 knapp wieder erreicht.

3.3.5.2. Eingänge bei den Einzelrichtern

Bei den Einzelrichtern des Obergerichtes (Verwaltungsrecht) sind im Jahre 2018 total 96 (Vorjahr 69) Fälle eingegangen, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 39 % entspricht.

Damit ist die Anzahl der eingegangenen Fälle nach einem starken Anstieg in den Jahren 2012 und 2013 entgegen dem Trend in den Gerichtsabteilungen im abgelaufenen Jahr wieder sehr stark angestiegen. Auffallend ist der namhafte Anstieg von rund 72 % der Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung. Das Jahr 2018 knüpft somit bezüglich der unentgeltlichen Rechtspflege und Verbeiständung an das Jahr 2016 an. Um 38 % sind auch die Verfahren betreffend fürsorgerische Unterbringung im Jahre 2018 angestiegen. Es ist anzunehmen, dass die Zahlen in diesem Bereich im Jahre 2019 weiter ansteigen werden, nachdem diese Verfahren seit dem 1.1.2019 unentgeltlich sind.

Eingänge	2014	2015	2016	2017	2018
unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	32	31	40	25	43
vorsorgliche Massnahmen	5	2	0	4	2
aufschiebende Wirkung	5	2	9	8	6
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis Fr. 15'000.–	8	8	9	4	13
Fürsorgerische Unterbringung	11	9	9	13	18
Überprüfung Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	5	9	7	8	8
Überprüfung Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	1	0	0	2
Rechtsschutz im öffentlichen Beschaffungswesen	2	2	3	2	2
Wegweisung/Rückkehrverbot bei häusl. Gewalt	1	0	0	1	0
Vermittlung im Schiedsgerichtsverfahren	0	0	0	0	0
Sicherstellung von Steuern	0	0	0	0	0
Übriges	3	2	3	4	2
Total	72	66	80	69	96

3.3.5.3. Auffällige Entwicklungen

a) Im Sozialversicherungsrecht

Die Eingänge im Sozialversicherungsrecht haben nach einer relativ stabilen Phase in den Jahren 2014–2016 mit Eingängen zwischen 36 und 40 Fällen pro Jahr im Vergleich dazu im Jahr 2018 um über 47 % zugenommen. Davon entfallen 16 % auf Beschwerden in der Invalidenversicherung. Das fällt bei der Arbeitsbelastung umso mehr ins Gewicht, als in diesen Verfahren in aller Regel pro Fall mehrere hundert Seiten Akten zu lesen und zu würdigen sind. Die übrige Zunahme ist im Wesentlichen auf Beschwerden betreffend Ergänzungsleistungen, Krankentaggelder und Arbeitslosenleistungen zurückzuführen.

Eingänge	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Sozialversicherungsrecht	57	40	38	36	51	59

b) In den übrigen Rechtsgebieten

Der Eingang der Fälle im Bau-, Planungs- und Umweltrecht sowie im Steuerrecht bewegt sich im Durchschnitt der letzten Jahre.

In den letzten sechs Jahren haben sich die Eingänge in den verschiedenen Rechtsgebieten wie folgt verändert:

Eingänge	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Bau-, Planungs-, Umwelt-, Energie- u. Verkehrsrecht	14	13	8	15	10	12
Ausländerrecht	3	2	4	3	5	6
Steuerrecht	17	31	27	38	29	27
Sozialversicherungsrecht	57	40	38	36	51	59
Übrige Fälle	36	18	13	15	30	19
Total	127	104	90	107	125	123

3.3.5.4. Geschäftsverteilung

Die verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts haben im Berichtsjahr wiederum in drei Abteilungen getagt:

Abteilungen	Rechtsgebiete
2. Abteilung (O2V)	Steuerrecht und Sozialversicherungsrecht ohne medizinische Fragestellung sowie strafrechtliche Beschwerden
3. Abteilung (O3V)	Sozialversicherungsrecht, soweit medizinische Fragen betroffen sind
4. Abteilung (O4V)	Bau- und Planungsrecht, übriges Verwaltungsrecht

3.3.5.5. Anzahl erledigter Prozesse

a) Bei den Abteilungen

Es wurden rekordhohe 101 (Vorjahr 76) Urteile gefällt. Davon wurden 37 (Vorjahr 30) Fälle teilweise oder ganz gutgeheissen. Es wurden also rund 37 % (Vorjahr 39 %) aller durch Urteil abgeschlossenen Fälle zumindest teilweise gutgeheissen.

Im Jahre 2018 konnten rund 70 % mehr Steuerfälle erledigt werden. Das liegt unter anderem daran, dass in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2017 viele Steuerfälle eingegangen sind, die im Jahre 2018 erledigt wurden. Auch im Sozialversicherungsrecht konnten rund 25 % mehr Fälle erledigt werden.

34 (Vorjahr 21) Begehren konnten wegen Rückzugs, Vergleichs oder Gegenstandslosigkeit wieder abgeschrieben werden.

Nachdem insgesamt 138 Fälle (Vorjahr 97; + 42 %) erledigt wurden, waren am Ende des Berichtsjahres 94 (Vorjahr 109) Prozesse pendent.

Die drei verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts haben die 101 Urteile und 37 Beschlüsse an 31 (Vorjahr: 26) halbtägigen und an 2 ganztägigen Sitzungen, teilweise verbunden mit Augenscheinen, beurteilt.

Seit einigen Jahren ist auffallend, dass die Verfahrensakten immer umfangreicher werden und zunehmend komplexere Beschwerden zu beurteilen sind, die auch eine umfassendere Urteilsbegründung erfordern. Die zeitliche Belastung zur Erledigung dieser Prozesse hat wiederum zugenommen. Davon sind neben dem Gerichtspersonal auch die nebenamtlichen Richter und Richterinnen betroffen, die ihre gerichtliche Arbeit (Aktenstudium) zur Hauptsache in ihrer Freizeit meist neben einer vollen sonstigen Erwerbstätigkeit erledigen. Für diesen sehr hohen zeitlichen Einsatz für die Gemeinschaft gebührt den nebenamtlichen Richtern und Richterinnen ein grosser Dank.

b) Bei den Einzelrichtern

Bei den Einzelrichtern des Obergerichts (Verwaltungsrecht) wurden 95 (Vorjahr 71) Fälle erledigt. Davon konnten 25 (Vorjahr 10) Fälle wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleichs oder Rückzugs wieder abgeschrieben werden.

92 % konnten innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen werden. 73 % waren bereits innerhalb von drei Monaten erledigt.

c) Verweis auf statistischen Anhang

Im Einzelnen gibt Ihnen der statistische Anhang einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts im Jahre 2018.

3.3.5.6. Rechtsmittel gegen Urteile des Obergerichts

Im Jahre 2018 wurden von den durch das Obergericht (ohne sozialrechtliche Verfahren) gefällten Urteilen und Beschlüssen 23 Fälle (Vorjahr 6) an das Bundesgericht in Lausanne weitergezogen.

Davon sind im Berichtsjahr naturgemäss noch nicht alle durch das Bundesgericht behandelt worden. Hingegen hat das Bundesgericht die im Jahre 2018 insgesamt beurteilten 14 Fälle (inklusive Pendenzen aus dem Vorjahr) wie folgt entschieden: Gutheissung: 3, Abweisung: 6 und Nichteintreten: 5.

An die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts wurden 9 (Vorjahr 9) Urteile des Obergerichts weitergezogen.

Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr 11 Fälle beurteilt; dabei hat es 1 Beschwerde gutgeheissen, 7 Beschwerde abgewiesen und ist auf 3 nicht eingetreten.

Wir schliessen diesen Rechenschaftsbericht mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Trogen, im Februar 2019

Im Namen des Obergerichts
lic. iur. Ernst Zingg, Präsident

4. Statistik 2018

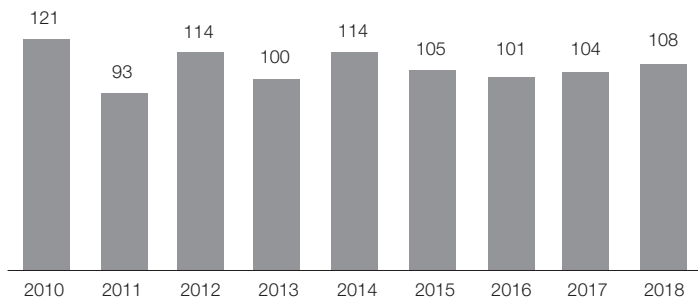
4.1. Schlichtungsbehörden

4.1.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	8	14
Neueingänge	104	108
Total	112	122

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
Urteilsvorschlag	2	6
Klagebewilligung	35	23
Klagebewilligung nach Urteilsvorschlag	1	1
Entscheid	1	2
Abschreibung: wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung	59	79
aus anderen Gründen	0	1
Total Erledigungen	98	112
Übertrag auf das folgende Jahr	14	10
Total wie oben	112	122

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Anfechtung Kündigung (ausserordentlich)	6	6
Anfechtung Kündigung	16	29
Gesuch um Erstreckung des Mietverhältnisses	1	7
Mängel ohne Hinterlegung des Mietzinses	1	8
Mängel mit Hinterlegung des Mietzinses	8	4
Gesuch um Mietzinsherabsetzung	25	7
Anfechtung der Mietzinserhöhung	2	4
Anfechtung der Nebenkostenabrechnung	3	4
Forderung aus Mietverhältnis	30	31
Gesuch um unentgeltliche Rechtsverteidigung	–	1
Formulargenehmigung	–	1
übrige Gebiete	6	10
Total	98	112

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	92 (94 %)	6 (6 %)	–	–	–	–
2018	104 (93 %)	8 (7 %)	–	–	–	–

4.1.2. Vermittlerämter

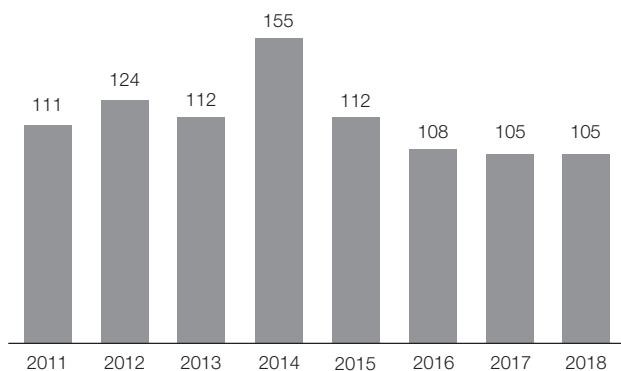
4.1.2.1. Kreis 1

(umfassend die Gemeinden Urnäsch, Herisau, Schwellbrunn, Hundwil, Stein, Schönengrund, Waldstatt)

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	19	16
Neueingänge	105	105
Total	124	121

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
Urteilsvorschlag	5	15
Klagebewilligung bei Nichteinigung	37	36
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	0	1
Entscheid	12	4
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc.	49	45
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	5	3
Total Erledigungen	108	104
Übertrag auf das folgende Jahr	16	17
Total wie oben	124	121

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	10	5
Erbrecht	1	3
Sachenrecht	5	4
Kaufrecht	4	4
Darlehen	5	1
Arbeitsvertragsrecht	19	28
Werkvertrag	6	10
Auftragsrecht	13	15
Übrige Verträge nach OR	25	14
Gesellschafts- und Handelsrecht	0	1
Wertpapierrecht	0	0
übrige Gebiete nach OR	3	2
Andere Geldforderungen	5	5
Privatversicherungsrecht	0	1
Erstreckung des Pachtverhältnisses	4	1
Übrige Rechtsgebiete	6	6
Unentgeltliche Rechtspflege	2	4
Total	108	104

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	94 (87%)	10 (9%)	3 (3%)	1 (1%)	–	–
2018	94 (90%)	9 (9%)	1 (1%)	0	–	–

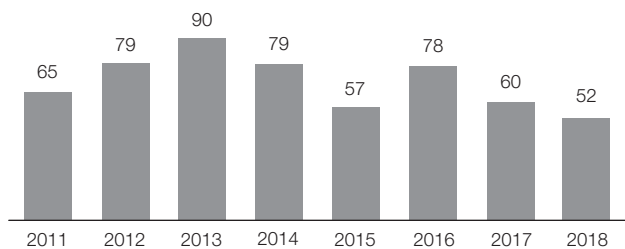
4.1.2.2. Kreis 2

(umfassend die Gemeinden Teufen, Bühler, Gais, Speicher, Trogen)

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	12	9
Neueingänge	60	52
Total	72	61

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
Urteilsvorschlag	0	0
Klagebewilligung bei Nichteinigung	26	15
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	1	0
Entscheid	1	4
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc	35	38
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	0	0
Total Erledigungen	63	57
Übertrag auf das folgende Jahr	9	4
Total wie oben	72	61

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	2	1
Erbrecht	0	2
Sachenrecht	0	1
Kaufrecht	5	7
Darlehen	5	1
Arbeitsvertragsrecht	12	11
Werkvertrag	1	0
Auftragsrecht	12	17
Übrige Verträge nach OR	1	6
Gesellschafts- und Handelsrecht	2	0
Wertpapierrecht	–	–
übrige Gebiete nach OR	1	0
Andere Geldforderungen	2	1
Privatversicherungsrecht	1	1
Erstreckung des Pachtverhältnisses	1	1
Übrige Rechtsgebiete	17	8
Unentgeltliche Rechtspflege	1	0
Total	63	57

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	53 (84 %)	4 (6 %)	5 (8 %)	1 (2 %)	–	–
2018	54 (95 %)	2 (3 %)	1 (2 %)	0	–	–

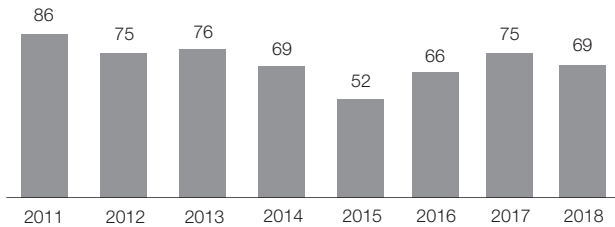
4.1.2.3. Kreis 3

(umfassend die Gemeinden Rehetobel, Wald, Grub, Heiden, Wolfhalden, Lutzenberg, Walzenhausen, Reute)

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	10	15
Neueingänge	75	69
Total	85	84

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
Urteilsvorschlag	2	1
Klagebewilligung bei Nichteinigung	20	15
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	0	0
Entscheid	7	4
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc	40	45
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	1	3
Total Erledigungen	70	68
Übertrag auf das folgende Jahr	15	16
Total wie oben	85	84

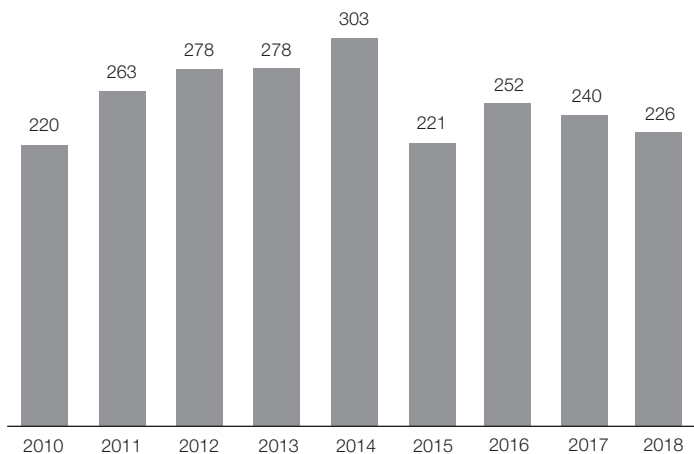
d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	3	1
Erbrecht	0	5
Sachenrecht	–	–
Kaufrecht	4	4
Darlehen	1	1
Arbeitsvertragsrecht	17	11
Werkvertrag	–	–
Auftragsrecht	23	18
Übrige Verträge nach OR	3	6
Gesellschafts- und Handelsrecht	1	2
Wertpapierrecht	–	–
übrige Gebiete nach OR	9	1
Andere Geldforderungen	2	8
Privatversicherungsrecht	1	0
Erstreckung des Pachtverhältnisses	2	1
Übrige Rechtsgebiete	2	8
Unentgeltliche Rechtspflege	2	2
Total	70	68

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	60 (86 %)	7 (10 %)	3 (4 %)	–	–	–
2018	56 (83 %)	6 (9 %)	4 (6 %)	1 (1 %)	1 (1 %)	–

4.1.2.4. Neueingänge im Gesamtüberblick



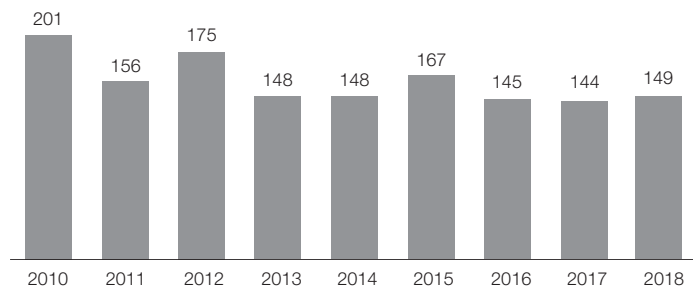
4.2. Gerichte

4.2.1. Kantonsgericht

4.2.1.1. Zivilprozesse mit Eingang bei den Gerichtsabteilungen

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	112	114
Neueingänge	144	149
Total	256	263

b) Neueingänge:**c) Art der Erledigung:**

		2017	2018
durch die Gerichtsabteilungen			
durch Urteil:	Scheidung mit Regelung der Nebenfolgen	4	2
	Gutheissung	4	5
	teilweise Gutheissung	1	3
	Abweisung	5	–
	Nichteintreten	5	5
durch Beschluss:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	–	–
	aus anderen Gründen	2	1
durch die Einzelrichter			
durch Urteil:	Scheidung mit vollständiger Einigung	96	119
durch Verfügung:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	25	37
	aus anderen Gründen	–	4

d) Total Erledigungen:

	2017	2018
Total Erledigungen	142	176
Übertrag auf das folgende Jahr	114	87
Total wie oben	256	263

e) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Personenrecht	–	–
Ehescheidung	110	135
Urteilsänderung	14	14
Übriges Familienrecht	1	2
Erbrecht	–	–
Sachenrecht	1	3
Kaufrecht	3	2
Mietrecht	2	–
Darlehen	2	3
Arbeitsvertragsrecht	2	3
Werkvertrag	1	2
Auftragsrecht	1	3
Übrige Verträge nach OR	2	1
Gesellschafts- und Handelsrecht	–	1
Wertpapierrecht	–	–
Übrige Gebiete nach OR	1	4
Privatversicherungsrecht	–	–
Klagen nach SchKG	1	1
Erläuterung	–	–
Revision	–	–
Übrige Rechtsgebiete	1	2
Total Erledigungen	142	176

f) Dauer der erledigten Zivilprozesse in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	54 (38 %)	27 (19 %)	29 (20 %)	11 (8 %)	10 (7 %)	11 (8 %)
2018	59 (34 %)	39 (22 %)	39 (22 %)	12 (7 %)	10 (6 %)	17 (9 %)

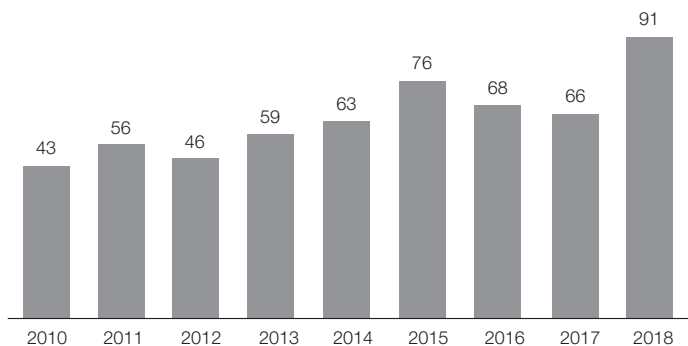
4.2.1.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter

a) Anzahl der Verfahren:

der Gerichtsabteilungen	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	3	4
Neueingänge	7	5
Total	10	9

der Einzelrichter	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	9	11
Neueingänge	59	86
Total	68	97

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2017	2018
durch die Gerichtsabteilungen			
durch Urteil:	Schuldspruch	4	4
	teilweiser Freispruch	2	4
	Freispruch	–	–
durch Beschluss:	Einstellung des Verfahrens	–	–
	Rückweisung an Staatsanwalt	–	–
	aus anderen Gründen	–	–
durch die Einzelrichter		2017	2018
durch Urteil:	Schuldspruch	11	14
	teilweiser Freispruch	5	5
	Freispruch	3	11
	Gutheissung	16	30
	Gutheissung, teilweise	9	4
	Abweisung	1	3
durch Verfügung:	Einstellung des Verfahrens	2	–
	Rückweisung an Staatsanwalt	–	3
	aus anderen Gründen	10	18

d) Total Erledigungen:

		2017	2018
durch die Gerichtsabteilungen			
Total Erledigungen		6	8
Übertrag auf das folgende Jahr		4	1
durch die Einzelrichter		2017	2018
Total Erledigungen		57	88
Übertrag auf das folgende Jahr		11	9

e) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Mord und vorsätzliche Tötung	–	–
Fahrlässige Tötung	1	–
Übrige Handlungen gegen Leib und Leben	5	4
Handlungen gegen das Vermögen	4	7
Handlungen gegen Ehre und den Geheim- und Privatbereich	2	3
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	4
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	1	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	–	2
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	–	–
Fälschung von Geld und amtlichen Zeichen	–	–
Urkundenfälschung	2	1
Übrige Delikte gegen die Allgemeinheit	–	–
Übertretungen nach StGB	–	1
Betäubungsmittelgesetz	1	4
Ausländerrecht	–	–
Fahren im angetrunkenen Zustand	3	–
Fahren unter Drogeneinfluss	–	–
Übrige Verletzungen von Strassenverkehrsregeln	11	25
Übrige Delikte gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	5	3
Verstösse gegen kantonales Recht	–	1
Nachträgliche richterliche Anordnungen	–	–
Erläuterung	–	–
Übrige Themen	–	1
amtliche Verteidigung	1	1
Haftentlassung bei Sicherheitshaft	–	–
Zwangsmassnahmen	27	38
Total Erledigungen	63	96

f) Dauer der erledigten Zivilprozesse in Monaten:

der Gerichtsabteilungen

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	3 (50 %)	2 (33 %)	–	1 (17 %)	–	–
2018	2 (25 %)	2 (25 %)	3 (38 %)	1 (12 %)	–	–

der Einzelrichter

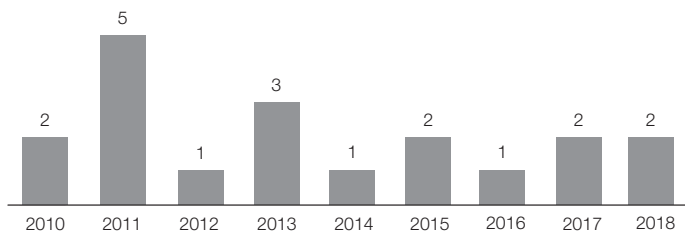
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	47 (82 %)	6 (11 %)	4 (7 %)	–	–	–
2018	71 (81 %)	13 (15 %)	2 (2 %)	1 (1 %)	–	1 (1 %)

4.2.1.3. Strafprozesse des Jugendgerichts

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	–	–
Neueingänge	2	2
Total	2	2

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil: Schuldspruch	1	0
Freispruch	–	–
Einstellung des Verfahrens	–	–
Anderweitige Erledigung	1	1
Total	2	1
Übertrag auf das folgende Jahr	0	1

d) Hauptdelikte der erledigten Verfahren:

	2017	2018
Handlungen gegen Leib und Leben	–	–
Handlungen gegen das Vermögen	–	–
Handlungen gegen die Ehre und den Geheimbereich	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	–
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	–	–
Übrige Delikte gemäss StGB	–	–
Verletzung von Strassenverkehrsregeln	1	0
Betäubungsmittelgesetz	–	–
Übrige Delikte gegen Nebenstrafgesetze des Bundes	–	–
Verstösse gegen kantonales Recht	–	–
Übrige Rechtsgebiete	1	1
Total Erledigungen	2	1

e) Dauer der erledigten Jugendstraftprozesse in Monaten:

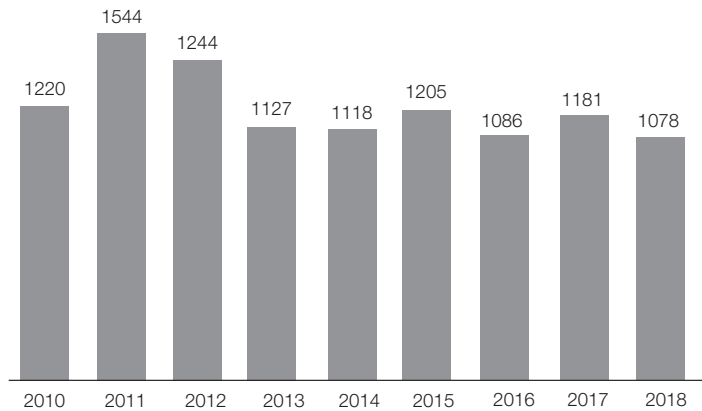
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	–	2 (100%)	–	–	–	–
2018	–	1 (100%)	–	–	–	–

4.2.1.4. Einzelrichter Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	225	254
Neueingänge	1'181	1078
Total	1'406	1332

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil:		
Gutheissung	660	691
teilweise Gutheissung	29	21
Abweisung	70	67
Nichteintreten	55	42
durch Verfügung:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	234	217
aus anderen Gründen	103	331
Total Erledigungen	1'152	1'152
Übertrag auf das folgende Jahr	254	180
Total wie oben	1'406	1'332

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Rechtsöffnung	315	321
Konkurseröffnung	138	134
weitere Verfügungen im Konkursverfahren	109	137
Arrestbefehl	8	16
Übrige Verfahren nach SchKG	39	19
vorsorgliche Massnahmen nach Art. 276 ZPO	20	17
Eheschutzmassnahmen inkl. eingetragene Partnerschaft	46	61
Unterhaltsklagen und Verwandtenunterstützung	14	23
Anweisung an den Schuldner	6	8
Vorl. Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts	19	7
Ausweisung von Mietern und Pächtern	28	26
Erstreckung des Pachtverhältnisses	0	0
Andere Miet- und Pachtstreitigkeiten	18	14
Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis	5	7
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis 30'000.00	25	16
Unentgeltliche Rechtspflege	147	129
Vorsorgliche Massnahmen inkl. vorsorgliche Beweissicherung	11	9
Rechtsschutz in klaren Fällen	6	1
Rechtshilfe	101	113
Gerichtliches Verbot	12	16
Vollstreckung	3	1
Kraftloserklärungen	24	25
Diverses	58	52
Total Erledigungen	1'152	1'152

e) Dauer der erledigten Einzelrichterverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	954 (83 %)	105 (9 %)	64 (6 %)	19 (2 %)	7 (-)	3 (-)
2018	913 (80 %)	128 (11 %)	79 (7 %)	15 (1 %)	11 (1 %)	6 (-)

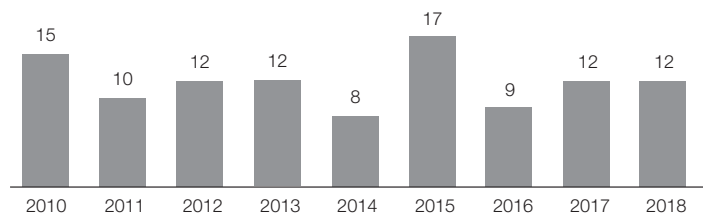
4.2.2. Obergericht

4.2.2.1. Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	10	10
Neueingänge von Vorinstanz	9	6
Neueingänge direkt geleitete Verfahren	3	6
Total	22	22

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil:		
Gutheissung	1	2
teilweise Gutheissung	2	3
Abweisung	5	4
Nichteintreten	2	1
Rückweisung an Vorinstanz	–	–
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	2	2
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	12	12
Übertrag auf das folgende Jahr	10	10
Total wie oben	22	22

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Personenrecht	–	–
Ehescheidung	1	3
Urteilsänderung	2	1
Vaterschaft	–	–
Übriges Familienrecht	–	–
Erbrecht	–	–
Sachenrecht	1	0
Kaufrecht	1	0
Mietrecht	–	–
Darlehen	1	1
Arbeitsvertragsrecht	0	1
Werkvertrag	2	0
Auftragsrecht	–	–
Übrige Verträge nach OR	–	–
Gesellschafts- und Handelsrecht	–	–
Wertpapierrecht	–	–
Übrige Gebiete nach OR	1	1
Privatversicherungsrecht	–	–
Klagen nach SchKG	–	–
Erläuterung	–	–
Revision	–	–
Übrige Rechtsgebiete (Anwaltschaft, Markenrecht etc.)	3	5
Total	12	12

e) Dauer der erledigten Zivilverfahren in Monaten:

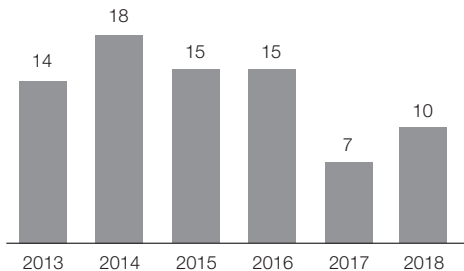
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	1 (8 %)	1 (8 %)	5 (42 %)	4 (34 %)	1 (8 %)	0
2018	3 (25 %)	4 (33 %)	2 (17 %)	1 (8 %)	0	2 (17 %)

4.2.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	10	5
Neueingänge von Vorinstanz	7	10
Neueingänge direkt geleitete Verfahren	–	–
Total	17	15

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil:		
Gutheissung	0	1
teilweise Gutheissung	1	0
Abweisung	3	2
Nichteintreten	2	3
Rückweisung an Vorinstanz	–	–
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	6	7
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	12	13
Übertrag auf das folgende Jahr	5	2
Total wie oben	17	15

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

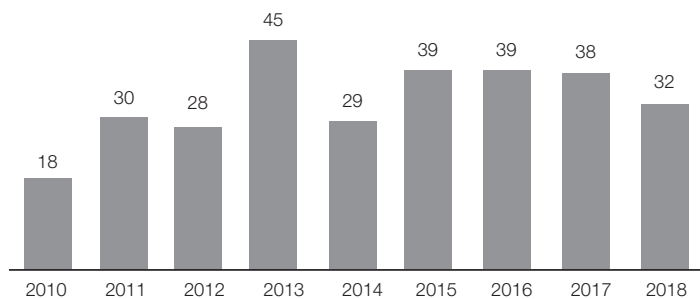
	2017	2018
Kindesschutz	4	5
Erwachsenenschutz	8	8
Total	12	13

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	1 (8%)	6 (50%)	4 (34%)	–	–	1 (8%)
2018	2 (15%)	3 (23%)	6 (46%)	1 (8%)	–	1 (8%)

4.2.2.3. Strafprozesse**a) Anzahl der Verfahren:**

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	23	27
Neueingänge von Vorinstanz	38	31
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (Revision, Bussenumwandlung, nachträgliche richterliche Anordnung, Ausstand etc.)	0	1
Total	61	59

b) Neueingänge:

c) Art der Erledigung:

Berufungen	2017	2018
durch Entscheid: Schuldpruch	2	0
teilweiser Freispruch	6	1
Freispruch	1	2
Nichteintreten	8	4
Rückweisung	0	0
Revision	0	0
nachträgliche richterliche Anordnung	0	0
aus anderen Gründen (Strafmass, Einstellung etc.)	1	1
durch Beschluss: Rückzug, Gegenstandslosigkeit etc.	0	1
aus anderen Gründen	0	0
Beschwerden sowie direkt geleitete Verfahren	2017	2018
durch Entscheid: Guttheissung	2	4
teilweise Guttheissung	1	0
Abweisung	3	7
Nichteintreten	5	9
Rückweisung	4	3
aus anderen Gründen	–	–
durch Verfügung: Rückzug, Gegenstandslosigkeit etc.	1	2
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	34	34
Übertrag auf das folgende Jahr	27	25
Total wie oben	61	59

d) Entscheide im Berufungsverfahren:

Weiterzug durch:	Gut-heissung	teilweise Gutheissung	Abwei-sung	Nicht-eintreten	Rück-weisung
Staatsanwalt	1			2	
Beschuldigter	2	1		2	
Geschädigter/ Privatkläger					
Verurteilter/ Gesuchsteller					

e) Entscheide im Beschwerdeverfahren:

Weiterzug durch:	Gut-heissung	teilweise Gutheissung	Abwei-sung	Nicht-eintreten	teilweise Gut-heissung und Rückweisung
Staatsanwalt					
Beschuldigter			2	2	3
Geschädigter/ Privatkläger			4	7	4
Verurteilter/ Gesuchsteller			1		

f) Hauptthemen der erledigten Verfahren:

	2017	2018
Mord und vorsätzliche Tötung	0	1
Fahrlässige Tötung	–	–
Übrige Handlungen gegen Leib und Leben	5	2
Handlungen gegen das Vermögen	1	0
Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	1	0
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	–
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	2	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	–	–
Fälschung von Geld und amtlichen Zeichen	–	–
Urkundenfälschung	1	0
Übrige Delikte gegen die Allgemeinheit	–	–
Übertretungen nach StGB	1	0
Betäubungsmittelgesetz	–	–
Ausländerrecht	–	–
Fahren im angetrunkenen Zustand	1	0
Fahren unter Drogeneinfluss	–	–
Übrige Verletzungen von Strassenverkehrsregeln	4	5
Übrige Delikte gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	2	0
Verstösse gegen kantonales Recht	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	–	–
Erläuterung	–	–
Beschwerde betreffend Verfahrenskosten, Entschädigung, Genugtuung	3	0
Beschwerde gegen die Einstellung oder Nichtanhandnahme des Verfahrens	7	18
Beschwerde gegen Prozesshandlungen	4	3
streitiges Ausstandsbegehren	0	2
Übrige Themen	2	2
Total	34	34

g) Dauer der erledigten Strafverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	9 (26 %)	10 (30 %)	9 (26 %)	5 (15 %)	–	1 (3 %)
2018	10 (30 %)	9 (26 %)	12 (35 %)	2 (6 %)	–	1 (3 %)

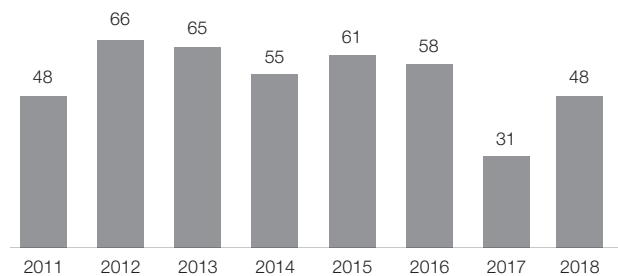
4.2.2.4. Einzelrichter Zivil- und Strafrecht

4.2.2.4.1. Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	7	11
Neueingänge von Vorinstanz	20	37
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (unentgeltliche Rechtspflege etc.)	11	11
Total	38	59

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2017	2018
durch Urteil:	Gutheissung	10	11
	teilweise Gutheissung	0	5
	Abweisung	6	24
	Nichteintreten	4	10
	Rückweisung an Vorinstanz	0	0
durch Beschluss:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	6	2
	aus anderen Gründen	2	0
Total Erledigungen		28	52
Übertrag auf das folgende Jahr		11	7
Total wie oben		38	59

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

		2017	2018
	Rechtsöffnung	5	8
	Konkurseröffnung	0	2
	Weitere Verfügungen im Konkursverfahren	–	–
	Arrestbefehl	1	0
	Übrige Verfahren nach SchKG	–	–
	Vorsorgliche Massnahmen nach Art. 261 ff. ZPO und Schutz- brief	1	6
	Gerichtliches Verbot	–	–
	Ehescheidung	–	–
	Eheschutzmassnahmen (inkl. eingetragene Partnerschaft)	3	2
	Unterhaltsklagen und Verwandtenunterstützung	1	2
	Anweisung an den Schuldner	–	–
	Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts	–	–
	Miet- und Pachtverhältnisse	–	–
	Schiedsgerichtssachen	0	2
	Vollstreckbarkeit ausländischer Erkenntnisse	–	–
	Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis	–	–

Andere vermögensrechtliche Streitigkeiten	1	4
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	11	12
Sicherheitsleistung	–	–
Vorsorgliche Beweisführung	–	–
Rechtsschutz in klaren Fällen	1	0
Übriges	4	14
Total	28	52

e) Dauer der erledigten Zivilverfahren in Monaten:

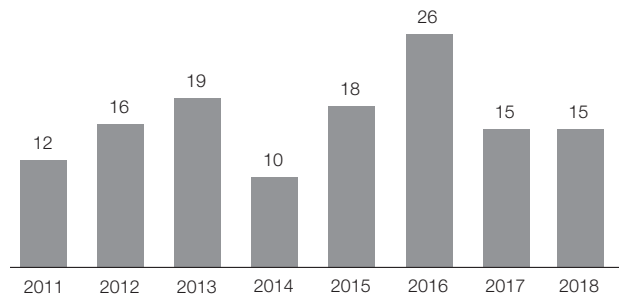
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	19 (68 %)	5 (18 %)	1 (3 %)	2 (8 %)	1 (3 %)	0
2018	36 (69 %)	10 (19 %)	3 (6 %)	1 (2 %)	2 (4 %)	0

4.2.2.4.2. Strafprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	5	2
Neueingänge von Vorinstanz	8	8
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (amtliche Verteidigung, Sicherheitsleistung etc.)	7	7
Total	20	17

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Entscheid: Gutheissung	5	7
teilweise Gutheissung	1	2
Abweisung	6	3
Nichteintreten	2	1
aus anderen Gründen	–	–
durch Beschluss: Rückzug, Einstellung des Verfahrens etc.	3	3
aus anderen Gründen	1	0
Total Erledigungen	18	16
Übertrag auf das folgende Jahr	2	1
Total wie oben	20	17

d) Art der Erledigung durch Entscheid im Rechtsmittelverfahren:

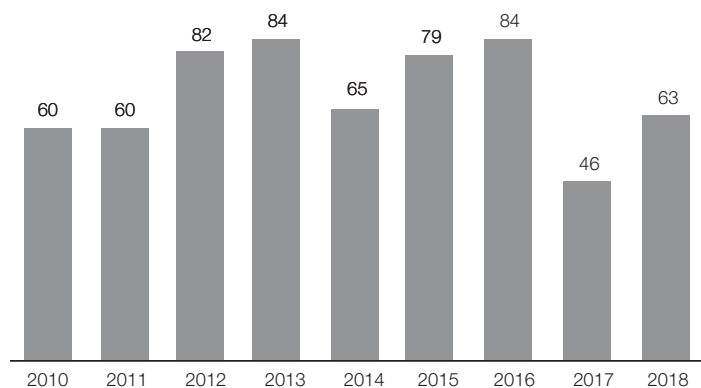
Weiterzug durch:	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nichteintreten	Rückweisung
Staatsanwalt		1			
Beschuldigter		1	2	1	1
Geschädigter / Privatkläger					
Verurteilter / Gesuchsteller	1				

e) Hauptthemen der erledigten Verfahren:

	2017	2018
Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege (Privatkläger)	5	5
Gesuch um amtliche Verteidigung (Beschuldigter)	2	2
Sicherheitsleistung (Privatkläger)	–	–
Beschwerde betreffend Verfahrenskosten, Entschädigung, Genugtuung	1	1
Beschwerde gegen Prozesshandlungen	–	–
Beschwerde gegen die Einstellung oder Nichtanhandnahme des Verfahrens	7	4
Zwangsmassnahmen	1	3
Übrige Themen	2	1
Total	18	16

f) Dauer der erledigten Strafverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	14 (80%)	1 (5%)	1 (5%)	2 (10%)	–	–
2018	15 (94%)	1 (6%)	0	0	–	–

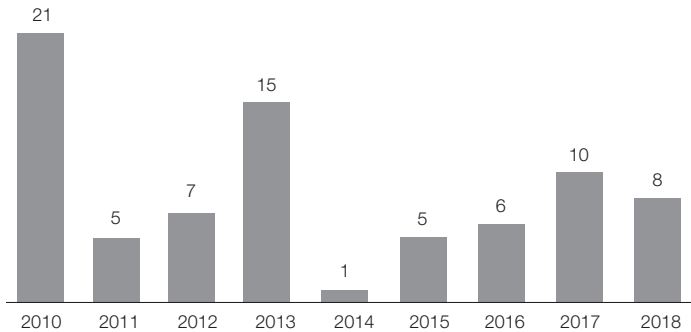
4.2.2.4.3. Neueingänge bei den Einzelrichtern
im Gesamtüberblick

4.2.2.5. Anwaltsaufsichtskommission

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	2	2
Neueingänge	10	8
Total	12	10

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
Gutheissung	8	5
teilweise Gutheissung	–	–
Abweisung	2	0
Nichteintreten	0	1
wegen Gegenstandslosigkeit, Rückzug oder Anerkennung	–	–
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	10	6
Übertrag auf das folgende Jahr	2	4
Total wie oben	12	10

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

	2017	2018
Anwaltpflichten	2	1
Honorarprüfungen	0	0
übrige Gebiete (Registereinträge etc.)	8	5

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

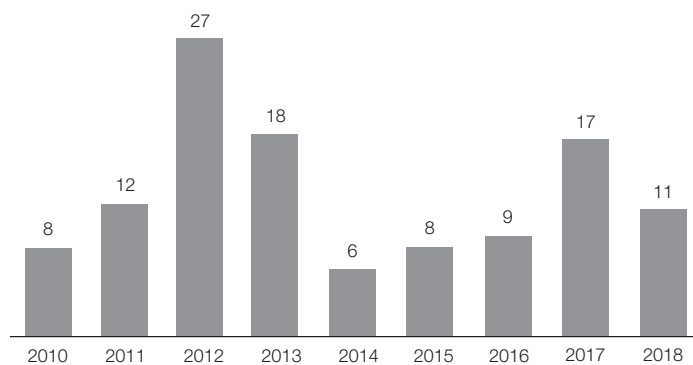
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	7 (70%)	1 (10%)	2 (20%)	–	–	–
2018	6 (100%)	0	0	–	–	–

4.2.2.6. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

a) Anzahl der Verfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	4	4
Neueingänge	17	11
Total	21	15

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil:		
Gutheissung	1	0
teilweise Gutheissung	1	1
Abweisung	3	5
Nichteintreten	8	1
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Rückzug oder Anerkennung	4	5
aus anderen Gründen		
Total Erledigungen	17	12
Übertrag auf das folgende Jahr	4	3
Total wie oben	21	15

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2017	2018
Beschwerden gegen Betreibungsämter	14	11
Beschwerden gegen Konkursämter und a.o. Konkursverwaltungen	–	–
Beschwerden im Nachlassverfahren		
übrige Gebiete (Gesuch um Wiederherstellung einer Frist etc.)	3	1

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2017	12 (70%)	3 (18%)	1 (6%)	1 (6%)	–	–
2018	9 (75%)	3 (25%)	0	0	–	–

4.2.2.7. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Zivil- und Strafrecht

(Gesamter zweitinstanzlicher Tätigkeitsbereich inkl. Einzelrichter)

a) Weiterzüge an das Bundesgericht

	2018
Beschwerden in Zivilsachen	6
Beschwerden in Zivilsachen (SchKG)	0
Beschwerden im Kindes und Erwachsenenschutzrecht (KESR)	0
Beschwerden in Strafsachen	9
subsidiäre Verfassungsbeschwerden	0

b) Erledigungen durch das Bundesgericht (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)

Gutheissung	2
teilweise Gutheissung	0
Abweisung	1
Nichteintreten	7
Rückzug oder gegenstandslos	0
Übertrag auf das folgende Jahr	9

4.2.2.8. Konkursverfahren im Jahr 2018

	Anzahl			Eröffnungen			Erliedigungen					Pendent	Verlustsumme	
	vom Vorjahr	neu	Total	Einstellungen mangels Aktiven	summarische Verfahren	ordentliche Verfahren	Schlussverfügungen	summarisches Verfahren	ordentliches Verfahren	nachträgliche Einstellungen	Einvernehmliche Schuldenbereinigungen			Widerrufe
Kantonales Konkursamt														
Zweigstelle Heiden	28	68	96	49	21	0	17	0	55	0	0	0	24	1'230'101.00
Zweigstelle Teufen	6	26	32	15	7	0	12	0	15	0	1	4	4	1'119'296.24
a.o. Konkursverwaltung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0.00
Total	34	94	128	64	28	0	29	0	70	0	1	28	2'349'397.24	
Rechtshilfe														
Zweigstelle Heiden	0	1	1						1				0	
Zweigstelle Teufen	0	1	1						1				0	
Total	0	2	2						2				0	

4.2.2.9. Betreibungsverfahren im Jahr 2018

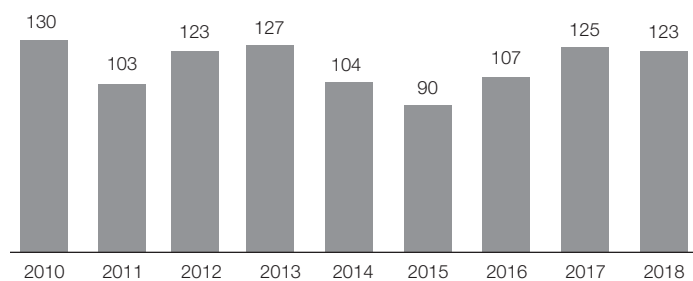
Gemeinde	Einleitungsverfahren				Fortsetzungsverfahren				Verwertungsverfahren				Verlustschein- e	Betrag aller Ver- lustscheinforde- rungen in CHF
	Zahlungs- befehle	Fändungs- begehren	vollzogene Fändungen	Konkurs- androhungen	Verwertungs- begehren	Einkommens- pfändungen (Lohn, Verdienst usw.)	Verwertung von Sachen, Forderungen	Verwertung von Grundstücken	Verwertung von Grundstücken	Verwertung von Grundstücken	Verwertung von Grundstücken	Verwertung von Grundstücken		
Betreibungsamt	7'017	5'125	6'010	136	96	3'229	27	0	2'357	8'092'591.83				
Hinterland total	407	299	327	2	2	191	2	0	147	336'114.35				
Urnäsch	5'517	3'959	4'701	128	52	2'524	25	0	1'855	6'735'947.86				
Herisau	198	160	194	4	7	102	0	0	100	352'514.40				
Schwellbrunn	183	135	130	0	0	76	0	0	73	212'107.92				
Hundwil	238	206	198	0	35	93	0	0	28	105'519.15				
Schönengrund	474	366	460	2	0	243	0	0	154	350'388.15				
Waldstatt														
Mittelland total	2'819	1'898	1'177	86	8	896	12	3	760	3'083'632.85				
Teufen	1023	648	395	49	4	323	7	0	238	1'265'720.90				
Bühler	464	345	192	16	0	164	0	0	115	273'084.87				
Gais	398	270	163	0	3	110	1	1	111	458'771.72				
Speicher	403	256	148	6	0	90	1	0	100	320'406.07				
Trogen	409	308	236	14	1	173	3	2	154	618'793.40				
Stein	122	71	43	1	0	36	0	0	42	146'855.89				
Vorderland total	4'165	2'830	2'301	95	50	1'678	3	7	724	843'442.15				
Rehetobel	435	260	189	2	23	141	0	5	83	65'230.00				
Wald	242	134	85	1	0	63	1	0	61	51'314.15				
Grub	264	164	121	5	3	88	0	0	59	78'602.00				
Heiden	1'319	954	831	52	16	631	2	1	218	302'960.40				
Wolfhalden	533	361	302	14	3	196	0	1	96	115'412.30				
Luzenberg	451	269	219	7	2	144	0	0	67	71'898.60				
Waizenhausen	628	524	418	12	3	313	0	0	98	115'763.80				
Reute	297	164	136	2	0	102	0	0	42	42'260.90				
Kanton total	14'005	9'853	9'488	317	154	5'803	42	10	3'841	12'019'667				

4.2.2.10. Abteilungen Verwaltungsrecht

a) Zahl der Beschwerde- und Klageverfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	81	109
Neueingänge	125	123
Total	206	232

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2017	2018
durch Urteil:		
Gutheissung	8	17
teilweise Gutheissung	22	20
Abweisung	29	51
Nichteintreten	17	13
Total	76	101
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Aberkennung der Beschwerde	21	34
aus anderen Gründen	0	3
Total Erledigungen	97	138
Übertrag	109	94
Total (wie oben)	206	232

d) Art der Erledigung durch Urteil nach Vorinstanz:

Vorinstanz oder beklagte Partei	gut- geheissen	teilw. gut- geheissen	abgewiesen	nicht eingetreten	Total
Regierungsrat	0	1	2	3	6
Departemente	4	3	22	1	30
Steuerverwaltung	4	7	7	6	24
Assekuranz	0	0	0	0	0
Ausgleichskasse	1	1	1	0	3
IV-Stelle	7	5	9	3	24
Krankenversicherer	0	0	1	0	1
SUVA/Unfallvers.	0	1	8	0	9
Arbeitsamt /AL-Kasse	1	1	0	0	2
Pers.vors.einricht./PK	0	0	1	0	1
Übrige	0	1	0	0	1
Total	17	20	51	13	101

e) Die erledigten Beschwerde- und Klageverfahren betreffen:

	2017	2018
Direkte Bundessteuern	8	18
Staats- und Gemeindesteuern	10	15
Militärpflichtersatz	0	0
Übrige Steuern und Abgaben	2	0
amtliche Grundstückschätzungen	0	0
Übriges Steuerrecht	2	5
Alters- und Hinterlassenenversicherung	3	1
Invalidenversicherung	28	29
Ergänzungsleistungen	0	4
Berufliche Vorsorge	0	1
Krankenversicherung	1	5
Unfallversicherung	3	7
Arbeitslosenversicherung	3	1
Militärversicherung, EO	1	1
übriges Sozialversicherungsrecht	0	1

Bau- und Raumplanungsrecht	13	10
Strassenbau und übrige Verkehrsanlagen	0	0
Umwelt- und Gewässerschutz	0	2
Ausländerrecht	4	4
Politische Rechte	0	1
öffentliches Personalrecht	0	1
Gemeinderecht	1	1
ZGB, EG zum ZGB (Vormundschaft, FU, etc.)	0	1
Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz	0	0
Strassenverkehr und übriges Verkehrsrecht	1	1
Fürsorge	2	0
Landwirtschaft, bäuerliches Bodenrecht	2	5
Wald und Forstwesen	0	2
Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	0	0
Verwaltungsrechtspflege	4	1
Übriges Verwaltungsrecht	9	21
Total	97	138

f) Dauer der erledigten Beschwerde- und Klageverfahren in Monaten:

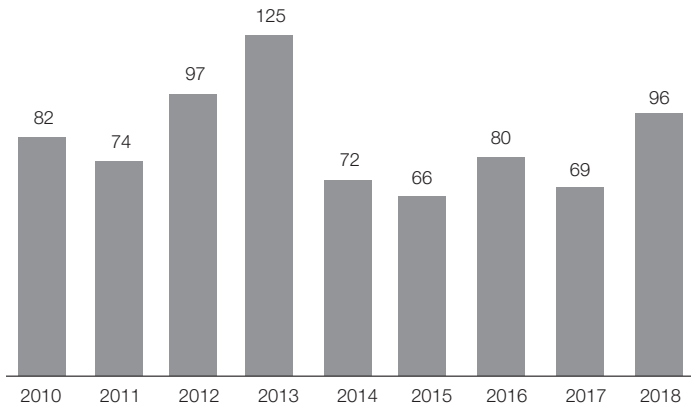
	1–3	4–6	7–12	13–24	über 24
2017	20 (21 %)	14 (14 %)	41 (42 %)	17 (18 %)	5 (5 %)
2018	23 (17 %)	12 (9 %)	76 (55 %)	23 (17 %)	4 (2 %)

4.2.2.11. Einzelrichter Verwaltungsrecht

a) Zahl der Beschwerde- und Klageverfahren:

	2017	2018
Pendenzen vom Vorjahr	20	18
Neueingänge	69	96
Total	89	114

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2017	2018
durch Urteil:	Gutheissung	34	32
	teilweise Gutheissung	2	3
	Abweisung	17	28
	Nichteintreten	8	7
	Total	61	70
durch Verfügung:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Aberkennung der Beschwerde	10	25
	aus anderen Gründen	0	0
Total Erledigungen		71	95
Übertrag		18	19
Total (wie oben)		89	114

d) Die erledigten Beschwerde- und Klageverfahren betrafen:

	2017	2018
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	29	38
Vorsorgliche Massnahmen / einstweiliger Rechtsschutz	2	3
aufschiebende Wirkung	8	7
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis Fr. 15'000.-	9	11
FU fürsorgliche Unterbringung	13	18
Überprüfung Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	8	8
Übrige Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	2
Rechtsschutz im öffentlichen Beschaffungswesen	0	4
Wegweisung / Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt	1	0
Vermittlung im Schiedsgerichtsverfahren nach KVG	0	0
Sicherstellung der Steuerforderung	0	0
Übrige Verfahren	1	4
Total	71	95

e) Dauer der erledigten Beschwerde- und Klageverfahren in Monaten:

	1–3	4–6	7–12	13–24	über 24
2017	55 (78%)	7 (10%)	8 (11%)	1 (1%)	0
2018	73 (77%)	14 (15%)	8 (8%)	0	0

4.2.2.12. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Verwaltungsrecht

a) Weiterzüge ohne sozialrechtliche Verfahren

	2018
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	23
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	0
Beschwerden in Zivilsachen	0
Erledigungen durch das Bundesgericht (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	
Gutheissung	3
Abweisung	6
Nichteintreten	5

b) Weiterzüge an die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts

	2018
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	9
Erledigung durch die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	
Gutheissung	1
Abweisung	7
Nichteintreten	3

5. Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten

Obergericht

Zingg Ernst, 1956, lic. iur., Gais, Präsident (2007)
Kobler Walter, 1960, lic. iur., Heiden, Vizepräsident (2011)
Rohner-Staubli Susanne, 1955, Sekundarlehrerin / MLaw Juristin, Heiden (2004)
Graf-Beutler Ernst, 1964, Landwirt, Heiden (2006)
Graf Simon, 1969, Dr. med., Arzt, MLaw, Rehetobel (2006; bis 31.05.2018)
Krapf Roger, 1971, lic. oec. HSG, Steuer- und Treuhandexperte, Teufen (2008)
Dick Beat, 1950, lic. oec., Steuerexperte, Herisau (2011; bis 31.05.2018)
Fischer Hanspeter, 1966, Sozialversicherungsexperte, Teufen (2011)
Louis Patrik, 1983, Dr. iur., stv. Leiter Rechtsdienst Kt. Zürich, Stein (2011)
Oberholzer Bernhard, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Gais (2011)
Plachel Samuel, 1984, M.A. HSG, Schwellbrunn (2011)
Blaser Hanspeter, 1960, eidg. dipl. Versicherungsfachmann, Herisau (2012)
Wild Christian, 1976, Physiotherapeut, Trogen (2013)
Zingg Heinz, 1958, lic. iur., Rechtsanwalt, Rehetobel (2013)
Cadosch Autolitano Daniela, 1966, lic. iur., juristische Mitarbeiterin, Gais (2014)
Winiger Marc, 1980, Dr. iur., Mitarbeiter Tax Compliance, Teufen (2014)
Gasser Aebischer Michèle, 1963, lic. iur., Rechtsanwältin, Teufen (2015)
Windisch Florian, 1980, Dr. iur. HSG, Dozent, Teufen (2015)
Ramseyer Stephan, 1978, lic. iur., Leiter Staatsanwaltschaft Kt. St.Gallen, Teufen (seit 1.6.2018)
Sieber Daniela, 1984, MLaw, juristische Mitarbeiterin, Herisau (seit 1.6.2018)

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Kobler Walter, Präsident (2011)
Oberholzer Bernhard (2011)
Zingg Heinz (2013)
Ersatzmitglieder:
Rohner-Staubli Susanne (2011)
Zingg Ernst (2011)

Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

Zingg Ernst, Präsident (2007)
Rohner-Staubli Susanne, Oberrichterin (2005)
Giuliani Piergiorgio, 1958, lic. iur., Rechtsanwalt, Teufen (2006/2017)
Louis Patrik, Dr. iur., Oberrichter (2012/2017)
Ludwig Felix, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Herisau (2017)
Ersatzmitglieder:
Cavelti Fidel, 1971, lic. iur., Rechtsanwalt, Heriau (2017)
Winiger Marc, Dr. iur., Oberrichter (2017)

Anwaltsprüfungskommission

Joos Markus, 1959, lic. iur., Rechtsanwalt, Herisau (1998; Präsident seit 2014)

Zingg Ernst, 1956, lic. iur., Obergerichtspräsident, Gais (1992)

Schittli Barbara, 1964, lic. iur., Obergerichtsschreiberin, Speicher (2003)

Sutter Peter, 1957, Dr. iur., Rechtsanwalt, Heiden (2006)

Oberholzer Bernhard, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Gais (2016)

Ersatzmitglieder:

Kobler Walter, 1960, lic. iur., Obergerichtsvizepräsident, Heiden (2007)

Winiger Marc, 1980, Dr. iur., Oberrichter, Teufen (2017)

Aktuariat: Schittli Barbara, lic. iur., Obergerichtsschreiberin

Gerichtsschreiber / innen:

Schittli Barbara, lic. iur. (Teilzeit 65 %)

Widmer Barbara, Fürsprecherin (Teilzeit 55 %)

Kürsteiner Joachim, lic. iur. (Teilzeit 85 %)

Epprecht Monika, lic. iur. (Teilzeit 50 %)

Mauerhofer Annika, lic. iur. (Teilzeit 50 %)

Hofmann Daniel, lic. iur.

Praktikant:

von Aarburg Stefan, MLaw

Sekretariat:

Rechsteiner Matthias

Rohrer Elisabeth (Teilzeit 70 %)

Seiler Silke (Teilzeit 60 %)

Kantonsgericht

Gebert Pius, 1959, Dr. iur., Teufen, Präsident (2007)

Hüssler Manuel, 1975, Dr. iur., Gais, Vizepräsident (2011)

Nordin Caroline, 1966, lic. iur., Trogen, Vizepräsidentin (2017)

Federer Brunner Ursula, 1955, kant. appr. Heilpraktikerin/Akupunkteurin, Speicher (2003)

Cavelti-Zumbühl Gabriela, 1968, lic. phil. II, Speicher (2005)

Aemisegger-Lutz Verena, 1967, Landwirtin, Lutzenberg (2011)

Breu Rolf, 1963, Application Engineer, Heiden (2011)

Hanselmann Ursula, 1952, Geschäftsleiterin, Trogen (2012; bis 31.05.2018)

Geser Kurt, 1960, Leiter Immobilien, Rechtsagent, Herisau (2012)

Manser Angelina, 1981, Dozentin, Waldstatt (2017)

Rentsch Martin, 1975, Dipl. Rechtsassistent HF, Heiden (2017)

Büchler Barbara, 1985, MLaw, Juristin, Speicher (seit 01.06.2018)

Gerichtsschreiber/innen:

Dörig Daniela, lic. iur., Geschäftsleiterin
Gmünder Evelyne, Dr. iur. (Teilzeit 30 %)
Hug Eveline, MLaw
Badilatti Beatrice, MLaw (Teilzeit 50 %)
Frehner Gabriela, MLaw (Teilzeit 50 %)

Praktikant/innen:

Sinanovic Erna, MLaw (bis 31.03.2018)
Pavataj Burim, M.A. HSG (bis 31.10.2018)
Klinger Roland, MLaw (bis 31.10.2018)
Stefan Marti, MLaw, (seit 24.09.2018)
Gstrein Stephanie, MLaw (seit 01.10.2018)
Boller Fabian, M.A. HSG, (seit 01.11.2018)

Sekretariat:

Steiner Yvonne
Tanner-Schläpfer Cornelia (Teilzeit 50 %)
Wüst-Graf Irene (Teilzeit 70 %)
Strässle-Tobler Andrea (Teilzeit 80 %)
Benz-Koller Rebecca (Teilzeit 40 %)
Kieninger Beatrice (Teilzeit 70 %)

Vermittlerämter

Kreis 1 (Gemeinden Herisau, Hundwil, Schönengrund, Schwellbrunn, Waldstatt, Stein, Urnäsch)
Rechsteiner Christian, Teufen

Kreis 2 (Gemeinden Bühler, Gais, Speicher, Teufen, Trogen)
Sigg-Bischof Pascale, Teufen

Kreis 3 (Gemeinden Grub, Heiden, Lutzenberg, Rehetobel, Reute, Wald, Walzenhausen, Wolfhalden)
Hofmänner Christian, Gais

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Sigg-Bischof Pascale, 1966, Vermittlerin, Teufen, Präsidentin (2014/2018)
Selmanaj Ilir, 1967, Geschäftsleiter, Präsidentin-Stellvertreter, Trogen (2016/2018)
Mieter-Vertretung:
Keel Benno, 1957, Leiter Amt für Volkswirtschaft, Herisau (1999)
Lampert Hansjörg, 1949, Betriebsangestellter, Herisau (2009)
Bachmann-Eugster Claudia, 1982, Grundbuchverwalterin, Heiden (seit 1.6.2018)
Vermieter-Vertretung:
Hofstetter Martin, 1981, Immobilienverwalter, Teufen (2010)
Walt Martin, 1959, Immobilienbewirtschafter, Bühler (2012; bis 31.5.2018)
Aerni Rudolf, 1957, Geschäftsführer, Herisau (seit 1.6.2018)
Mutti Manuela, 1989, Immobilienbewirtschafterin, Herisau (seit 1.6.2018)

Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Sigg-Bischof Pascale, 1966, Vermittlerin, Teufen, Präsident (2016/2018)
Selmanaj Ilir, 1967, Geschäftsleiter, Präsidentin-Stellvertreter, Trogen
Arbeitgeber-Vertretung:
Keel Benno, 1957, Leiter Amt für Volkswirtschaft, Herisau (2011)
Saladin Sara, 1988, Betriebsleiterin, Gais (2014)
Zähler Paul, 1975, Unternehmer, Herisau (2014)
Arbeitnehmer-Vertretung:
Lampert Hansjörg, 1949, Betriebsangestellter, Herisau (2011)
Signer-Füger Imelda, 1957, Kindergärtnerin/Familienfrau, Herisau (2011)

Aktuariat:

Zorman Jasmine, lic. iur. (Teilzeit 40 %); Geschäftsleitung
Lutz-Sult Cornelia, lic. iur. (Teilzeit 10 %)

Sekretariat:

Manser Rahel (30 %)

Konkursamt des Kantons Appenzell Ausserrhoden

Zweigstelle Teufen

Schlöpfer Fredy
Stv. Platzer Claudius

Zweigstelle Heiden

Platzer Claudius
Stv. Schlöpfer Fredy

